

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 59.

Sonnabend, den 9. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Das liberale Präsidium.

Und wieder war's ein Wirrwarr, und wieder sprang ein ganz unerwartetes Ergebnis aus der Urne heraus. Mit allen Möglichkeiten hatte man gerechnet, mit einem ganz schwarz-blauen Präsidium, mit einem schwarz-blauen Präsidium mit einem nationalliberalen Feigenblatt, mit der Wiederwahl des gegenwärtigen Präsidiums. Aber das Ergebnis ein nationalliberal-fortschrittliches Dreimännerkollegium sein würde, hat bis tief in die Reichstagskammer hinein niemand gedacht. Bethmann hat die schwarz-blauen Parteien so lange bearbeitet, bis sie den Nationalliberalen einen Sitz im Präsidium zubilligten, ohne daß die Nationalliberalen ihrerseits schwarz-blau zu stimmen brauchten. Vermutlich hätten die Nationalliberalen um den Preis ihres Abfalls sogar zwei Stimmen erhalten, wenn nicht die Polen ihre Stimmen dem vorgeschlagenen Hakatisten Sieg versagt hätten. Vergebens wurde eine Rumpfsitzung eingelegt, um den polnischen Widerstand zu besiegen. Die Polen sind keine Nationalliberalen und blieben fest, und so wurde denn zum zweiten Vizepräsidenten der Fortschrittler Dove gegen seine eigene und seiner Parteifreunde Stimmen gewählt. Mit anerkennenswerter Festigkeit stimmten die Fortschrittler mit uns für Scheidemann als 1. und 2. Vizepräsidenten. Es ist sogar möglich, daß für Scheidemann als 1. Vizepräsident auch drei bis vier links-nationalliberale Stimmen abgegeben worden sind. Sonst aber stimmten die Nationalliberalen getreu den Weisungen der Scharfmacher bei den Vizepräsidentenwahlen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten und bewirkten dadurch seinen Fall. Der nationalliberale 1. Vizepräsident Herr Baasche und der fortschrittliche 2. Vizepräsident haben beide ihr Amt wesentlich aus der Hand der Schwarz-blauen erhalten. Indessen hat Herr Dove sozialerweitert erst angenommen, als sich alle diejenigen, welche für Scheidemann gestimmt hatten, damit einverstanden erklärt hatten.

So haben die Nationalliberalen die Sache der Linken verraten und ihren potenten Nullen aus der Schwerindustrie zu Gefallen gehandelt und so haben die Schwarz-blauen entgegen ihren großmäuligen Erklärungen für die Liberalen gestimmt, alles nur damit Bethmann bei der Herrschaft sagen kann, er habe den Sozialdemokraten aus dem Präsidium herausgebracht. Die Vizepräsidentenwahlen waren Farce, die Präsidentenwahl dagegen eine wirkliche Machtprobe. Sie ergab die Wiederwahl Kaempfs mit just einer Stimme Mehrheit. Er erhielt 192, Spahn 187 Stimmen, vier stramme Militarherren auf der Rechten scheinen die „unerfreuliche Erscheinung“ abgelehnt zu haben. Wenigstens haben Heydebrand und Graf Schwerin-Lömitz je 2 Stimmen erhalten. Die Mehrheit für Kaempff ist sicherlich nicht glänzend. Aber schließlich betrug die linke Mehrheit für die Annahme der französischen republikanischen Verfassung im Jahre 1875 auch nur eine Stimme, und die Verfassung hat schon weit über ein Menschenalter Bestand gehabt. Da kann ein knapp gewähltes Präsidium nicht schon ein paar Monate und länger vorhalten.

Die Rechte scheint noch immer in Zirkus-Busch-Stimmung und zu allerhand Bierulken aufgelegt zu sein, zu denen Knuten-Dertel auf seinem weißbewesenen Bauche den Takt schlägt. So betrug sie sich auch wie ungezogene Schulbuben, als Genosse Scheidemann bei seiner letzten Amtshandlung, der Leitung der Präsidentenwahl, den Namensaufruf beginnen ließ. Mit einem ungezwungen sich darbietenden zoologischen Stichwort brachte Genosse Scheidemann die junkerlichen Tierlaute zum Schweigen.

Das „definitive“ Präsidium ist nur also da. Mit schöner Partitität schließt es die drei stärksten Parteien aus, Sozialdemokratie, Zentrum, Konservative mit Anhang. Die vierstärkste Partei sitzt mit einem, die fünfstärkste Partei mit zwei Männern darin. In solchen Aburteilungen hat der Ausschluß der Sozialdemokratie geführt.

Zur Fortsetzung der Statberatung war nach den Aufregungen der Präsidentenwahl keine Stimmung mehr, und man vertagte sich daher auf Dienstag.

Die „Nationalztg.“ stellt das neue Präsidium als einen Erfolg der nationalliberalen Fraktion hin. Sie behauptet: „Seit dem Zusammenstoß zwischen Schiffer und Bebel war es ausgeschlossen, daß die Nationalliberalen für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten stimmen könnten. Bei dieser Wahl ist keine nationalliberale Stimme auf den sozialdemokratischen Kandidaten entfallen. Um jeder neuen Regendenbildung vorzubeugen, sei erklärt, daß die Reichstagsfraktion einmütig und geschlossen vorgeworfen ist, und zwar bei allen drei Abstimmungen für Kaempff, Baasche und Dove. Nachdem jetzt die Wahl erledigt ist, und in jeder Hinsicht als ein Erfolg des Liberalismus angesehen zu werden verdient, der auch im Lande bei den Wählern

als solcher anerkannt wird, ist es an der Zeit, die Akten über die Wahlangelegenheit zu schließen.“

In Wirklichkeit haben die Nationalliberalen am allerletzten Anlaß, auf das Zustandekommen dieses Präsidiums besonders stolz zu sein, vorher hatten nämlich die Nationalliberalen mit der Rechten verhandelt und dieser die Zustimmung gestellt, für den Abg. Baasche als Präsidenten zu stimmen. Die Nationalliberalen wollten dann ihrerseits für einen Zentrumsmann als ersten Vizepräsidenten stimmen. Wenn die Rechte den Abg. Baasche zum ersten Vizepräsidenten gewählt hat, so geschah dies lediglich, um den Gen. Scheidemann aus dem Präsidium herauszubringen. Was die „Nationalztg.“ als einen Erfolg der Nationalliberalen bucht, ist in Wirklichkeit ein Beweis für die absolute Unzuverlässigkeit der Fraktion „Drehscheibe“.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages hatte in ihrer Sitzung vom 7. März mit Obstruktionsreden des konservativen Abgeordneten Kretz zu rechnen, der allein die Hälfte der Sitzungszeit für sich in Anspruch nahm. Der von den Nationalliberalen und Fortschrittlern, sowie vom Abg. Gröber (Zentrum) beantragte neue § 33 zur Geschäftsordnung, nach welchem bei der Besprechung von Interpellationen Anträge gestellt werden können, durch die das Verhalten des Reichskanzlers vom Reichstag gebilligt oder nicht gebilligt werden kann, gab dem Abg. Kretz Anlaß, über alles Mögliche und Unmögliche zu sprechen. In maßloser Übertreibung bezeichnete er diese Bestimmung als eine Untergrabung aller Autorität, der Monarchie und als eine Förderung des parlamentarischen Regimes. Trotzdem hatte Abg. Kretz selbst Änderungsanträge gestellt, die der Abg. Gröber als im Widerspruch mit den grundsätzlichen Bedenken Kretz's stehend bezeichnete. Gröber konstatierte, daß eine Verschlebung der Rechte des Reichstages durch die neue Bestimmung nicht eintrete, auch das parlamentarische Regime nicht gefördert werde, denn das parlamentarische Regime hänge nicht von der Gestalt der Geschäftsordnung ab. Zur Regelung der Geschäftsordnung gehöre auch die Regelung der Interpellationen.

Auch der Abg. Ledebour ging Kretz scharf zu Leibe und ironisierte dessen „Bedenken“. Der Reichstag, dessen Bedeutung mit der stärkeren Wahlbeteiligung bei den Reichstagswahlen wachse, könne mit den neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung seine Aufgabe besser erfüllen.

Abg. Junker rief Herrn Kretz, seine Abneigung gegen die freie Bewegung des Parlaments mit der gleichen Schärfe im Plenum des Reichstages zum Ausdruck zu bringen, wie er es hier in der Kommission tue. Der neu gewählte Abg. Bell (Zentrum) hielt es für nötig, der Kommission einige staatsrechtliche Belehrungen zuteil werden zu lassen, stellte auch einen angeleglichen Verbesserungsantrag, mußte sich aber sagen lassen, daß man das alles und noch einiges mehr längst wisse, was er breitipurig vorgetragen hatte. Sein Antrag wurde abgelehnt.

Bei der Abstimmung erhielt der neue § 33 der Geschäftsordnung mit zwölf gegen neun Stimmen folgende Fassung:

„Bei der Besprechung der Interpellation können Anträge in der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit gestellt werden, die dahin gehen, daß der Reichstag das Verhalten des Reichskanzlers billigen oder nicht billigen möge.“

Diese Anträge müssen von mindestens 30 anwesenden Mitgliedern unterstützt werden. Sonstige Anträge sind nicht zulässig.“

Dann wurde die Beratung auf Freitag vertagt.

Scharfmacher gegen neue Steuern.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat unter den Großindustriellen eine Umfrage veranstaltet, deren Ergebnis sie nunmehr mitteilt. Zunächst besteht in den Kreisen der Großindustriellen Übereinstimmung darin, daß mindestens zwei neue Armeekorps geschaffen und daß ein drittes Geschwader in Dienst gestellt werden muß. Um die Flottenrüstung nicht zu gefährden, müssen auch jährlich mindestens drei „Wagehals-Bauten“ ausgebaut werden. Die Kosten werden auf 100 bis 150 Millionen Mark im Jahre geschätzt. Unter den Großindustriellen besteht aber weiter völlige Übereinstimmung darin, daß neue Steuern nicht geschaffen werden dürfen. Die Vorschläge zur Kostendeckung sind verschiedener Art. Einer der „allerbedeutendsten Großindustriellen“ (Thyssen?) verlangt die Deckung der Kosten durch größere Ersparnis. Diese Ersparnis kann seiner Ansicht nach erzielt werden durch Einschränkung auf dem Gebiete der Repräsentation und der Verwaltung,

ferner durch Beseitigung der reinen Außerlichkeiten, für die in jedem Jahre ungeheure Summen ausgegeben werden. Er erinnert an die Paraden, an die neuen Uniformen und an die gewaltigen Summen, die bei Stapelläufen ausgegeben werden. Eine andere „führende Persönlichkeit der deutschen Großindustrie“ läßt sich dahin aus:

„Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Lasten an Staats- und Kommunalsteuern in Deutschland anfangen, unerträglich zu werden, und daß in der Weiterentwicklung unserer Industrie ein Stillstand eintreten muß, wenn keine Beschränkung der Ausgaben erfolgt. Es muß von allen Seiten auf Sparsamkeit gedrängt werden, denn es ist unerträglich, bis zu 20 Prozent und selbst mehr seines Einkommens an Steuer abgeben zu müssen bei einer gegenüber unseren Nachbarländern England, Frankreich, Belgien wesentlich teureren Lebenshaltung.“

Von einem der „sympathischsten vielgenannten Großindustriellen“ wird der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu neuen Steuerlasten geschrieben:

„Einen schlimmeren Schlag wird man dem deutschen Wirtschaftsleben kaum versehen können, welches durch die Steuer- und soziale Gesetzgebung mehr und mehr unterbunden wird. Je mehr man die Vermögensbildung erschwert, das Sparen belastet und bestraft, und die Faulheit durch Staatsrenten belohnt, muß das Wirtschaftsleben zurückgehen. In Deutschland gehen wir an großen Worten und Redensarten immer weiter bergab.“

Der langen Rede kurzer Sinn ist also der: Die Scharfmacher verlangen zum Zweck der Steigerung des Profits eine enorme Vermehrung der Wehrkraft zu Wasser und zu Lande, erklären aber gleichzeitig, daß es ihnen gar nicht einfällt, aus ihrem Besitz zu den neuen Lasten auch nur einen Pfennig beizutragen zu wollen.

Reichs- und Staatsangehörigkeit.

Die letzte Kommission setzte ihre Beratungen beim § 4 fort, der auf Antrag der Fortschrittler in folgender Fassung angenommen wurde: „Eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Legitimation durch einen Deutschen begründet für das Kind die Staatsangehörigkeit des Vaters.“ Den § 5, der im Entwurf lautet: „Durch die Eheschließung mit einem Deutschen erwirbt die Frau die Staatsangehörigkeit des Mannes“, beantragen die Sozialdemokraten prinzipiell zu streichen, eventuell ihm folgenden Zusatz anzufügen: „sofern sie nicht der zuständigen Behörde gegenüber erklärt, auf diese Staatsangehörigkeit zu verzichten.“ Von Dr. Quark-Frankfurt wird betont, die Folgen einer Selbständigmachung der Frau als Staatsbürgerin seien auf steuerlichem und privatrechtlichem Gebiete nicht von der Bedeutung, wie sie von den Gegnern dargestellt würden. Gegen den Einwand eines Zentrumsmembers, daß die Einheitlichkeit der Familie gewahrt werden müsse, bemerkte Genosse Landsberg, durch die automatische Erwerbung der Staatsangehörigkeit werde eine Ausländerin nach ihrem Fühlen und Denken noch keine Deutsche. Die Einheit der Familie werde durch diese Bestimmungen gar nicht berührt. Sowohl der Eventualantrag wie der Prinzipalantrag der Sozialdemokraten wurde gegen die Stimmen der Antragsteller, des Mannes und des Polen abgelehnt und der § 5 nach dem Entwurf genehmigt.

Zu § 6, der die Ausnahme eines Deutschen in einen anderen Bundesstaat regelt, beantragen die Sozialdemokraten prinzipiell, daß jeder geschäftsfähige Deutsche durch die Begründung des Wohnsitzes in einem Bundesstaat die Staatsangehörigkeit in demselben erwirbt, falls er nicht binnen einem Monat erklärt, daß er auf dieselbe verzichtet. In einem Eventualantrag der Sozialdemokraten wird ausgesprochen: „Jeder rechtsfähige Deutsche erwirbt die Staatsangehörigkeit in demjenigen Bundesstaate, in dem er seinen Wohnsitz nimmt, dadurch, daß er der Obrigkeit des Ortes, in dem er den Wohnsitz begründet, seine dahin gerichtete Absicht erklärt. Über die Erklärung hat die Obrigkeit binnen vierundzwanzig Stunden eine kosten- und stempelfreie Bescheinigung zu erteilen.“

Der vom Abg. Landsberg eingehend begründete Antrag wurde von den Vertretern der Regierung und den Rednern der bürgerlichen Parteien scharf bekämpft. Die Genossen Liebknecht, Bernstein, Landsberg und Dr. Quark bemühten sich lebhaft, die erhobenen Einwände zu zerstreuen. Sie betonten insbesondere: Die Legitimation des Deutschen im Auslande käme hier gar nicht in Frage, denn es handle sich ja nur um die Ausnahme eines Reichsdeutschen in einem anderen Bundesstaat. Die Staatsangehörigkeit von Frau und Kindern werde geregelt durch die weiteren Bestimmungen des Gesetzes. Der sozialdemokratische Antrag sei geeignet, das einheitliche Indigenatgefühl zu stärken und das Gleich der deutschen Völkerei zu mildern. Vom Standpunkt des Reichsgedankens aus könne gegen das dem Antrag zugrunde liegende Prinzip nichts eingewendet werden, etwaige bessere Formulierungen würden nicht abgelehnt.

Die Debatte wurde verlagert bis zur nächsten Sitzung, die am 13. März stattfindet.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags begann am 8. März mit der Beratung der Anträge, die die „Kurzen Anträge“ an den Reichskanzler, ähnlich wie im englischen Parlament, in die Geschäftspraxis des Reichstags einführen wollen. Abg. Müller v. Meiningen begründete die Anträge der Liberalen, Abg. Lebedour das Amendement der Sozialdemokraten, das jedem Mitglied des Reichstags das Recht zusprechen will, auf die Antwort, die auf eine derartige kurze Anfrage erfolgt, weitere sachliche oder berichtigende Ergänzungen zu machen. Hierauf trat Verlesung ein.

Das preussische Junkertum

Sucht sich fortgesetzt den Kopf einzurennen an der granitnen Mauer der Sozialdemokratie. Kürzlich war es der Junker von Derken, der nach Staatsstreichen rief, jetzt ist es ein Graf Rankau-Kastorf, der in der „Deutschen Tageszeitung“ ein ähnliches Lied anstimmt, das mit dem Refrain endet: Gesetze gegen die Sozialdemokratie. Aber drei Spalten klagt der Graf über die Größe der Sozialdemokratie und die „verblödeten Arbeiter“, die heute zu ihr halten. Was soll nun geschehen?

„Erstens muß die deutsche Arbeiterschaft sich selbst helfen, sie muß einsehen, daß die sozialdemokratische Partei eine falsche Freundin ist. . . . Ist die deutsche Arbeiterschaft zu dieser Erkenntnis gelangt, dann muß sie die berechtigten Forderungen, ihre Interessen im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zur Geltung zu bringen, auf eine neue Art durchzusetzen suchen.“

Diese „neue Art“ stellt sich der Graf folgendermaßen vor:

„Denkbar wäre entweder die Gründung einer neuen, sich auf den Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stellenden nationalen Arbeiterpartei. Oder alle nicht sozialdemokratisch gesinnten deutschen Arbeiter könnten sich zu einem außerhalb der Parteien stehenden Bunde zusammenschließen, der dann bei den Wahlen die Aufstellung und Durchbringung solcher Kandidaten sich angelegen sein lassen würde, die die Vertretung der Arbeiterinteressen auf staatsrechtlicher Grundlage garantieren. Beide Neuorganisationen würden die freudige Zustimmung und Unterstützung aller bürgerlichen Parteien finden und würden den Arbeitern die erfolgversprechende Vertretung ihrer Interessen sichern, die sie jetzt bei der Sozialdemokratie vergeblich suchen. Damit aber die deutsche Arbeiterschaft den eben angedeuteten Weg der Selbsthilfe beschreiten kann, ist es zweitens erforderlich, daß ihr dieser Weg erst freigemacht werde durch Maßnahmen der Gesetzgebung. Es muß die Fiktion beseitigt werden, als wenn die sozialdemokratische Partei trotz ihres revolutionären Charakters überhaupt zu gesetzgeberischer Mitarbeit geeignet sei, es muß ihrer revolutionären Agitation der Schein der Gesetzmäßigkeit genommen werden, sie muß deutlich und unverkennbar gekennzeichnet werden als der innere Feind, dessen Abwehr für das Vaterland mindestens ebenso notwendig ist, wie der Schutz gegen äußere Feinde.“

Wie der Graf Rankau sich den Weg denkt, auf dem der Sozialdemokratie die Gesetzmäßigkeit genommen und ihr der Stempel als innerer Feind aufgedrückt werden soll, das weiß er selbst noch nicht recht. Er spricht sich nur gegen ein Ausnahmengesetz aus und meint dann ziemlich verschwommen:

„Die Gesetzgebung muß sich richten gegen solche Handlungen, welche in Konsequenz der sozialdemokratischen Lehre den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung fördern und bezwecken. Die Gesetzgebung muß den Sozialdemokraten die Möglichkeit nehmen, die gewalttätige Erreichung ihrer Ziele unter dem Schutze der bestehenden Gesetze allmählich vorzubereiten. Die Gesetzgebung braucht sich nicht auf Verbote und Strafvorschriften zu beschränken, sie darf nicht zurückschrecken selbst vor verfassungsrechtlich neuen Einrichtungen, welche die sozialdemokratischen Feinde des bestehenden Staates daran hindern, ihre staatsfeindlichen Pläne in der Volksvertretung eben dieses Staates der Verwirklichung entgegenzuführen. Die Gesetzgebung muß schließlich die überaus wichtige Aufgabe erfüllen, die deutschen Arbeiter darüber aufzuklären, daß sie in der Sozialdemokratie keine staatsfreundliche Arbeiterpartei, sondern eine staatsfeindliche Partei zu erblicken haben, welche die angelegliche Vertretung der Arbeiterinteressen als Vorspann für ihre revolutionären Ziele mißbraucht.“

Eine Menge und recht unklare Aufgaben sind es, die Graf Rankau der Regierung stellt, wenn sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf gesetzgeberischem Wege aufnimmt. Es wird beim frommen Wunsch bleiben. Die Ausnahmegesetze und Staatsrechtspläne reifen in der Jetztzeit nicht mehr so leicht.

Die Deckung der Bechvorlagen.

Die Zusammenkunft der einzelstaatlichen Finanzminister, die für diesen Sonnabend vorgesehen war, ist nach einer angeblich aus parlamentarischen Kreisen stammenden Meldung der „Tägl. Rundschau“ vertagt worden. Die sachlichen Beratungen zwischen den einzelnen Ressorts über die Höhe der Forderungen für Heer und Marine sind nach derselben Quelle abgeschlossen, nur die Deckungsfrage bietet ganz erhebliche Schwierigkeiten. Nach den Wünschen des Zentrums sollen eine Anzahl Einnahmeposten höher angesetzt werden, um auf diese Weise, wenigstens auf dem Papier, die nötige Deckung zu finden. Der Einbürgerung von Vermögenssteuern widersteht sich der Bundesrat und von einer Erbschaftsteuer will wiederum der schwarzblaue Block nichts wissen. Die Stellung des Staatssekretärs Wermuth, der sich auf die Erbschaftsteuer festgelegt hat, wird zur Abwechslung wieder einmal als erschütterter bezeichnet.

Der Bauarbeiterstreik im preussischen Dreiklassenhaus.

Das Abgeordnetenhaus begann am Freitag die zweite Lesung des Stats der Bauverwaltung. Hierzu lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, der die Regierung auffordert: 1. einen Gesetzesentwurf zur Regelung des Bauarbeiterstreikes vorzulegen, der insbesondere die Aufstellung von

Baukontrollen aus der Arbeiterklasse vorseht; 2. bis zur Erledigung dieses Gesetzes unverzüglich durch Verordnungen herbeizuführen, daß: a. der Beginn von Bauarbeiten auf dem Lande abhängig gemacht wird von dem Nachweise, daß für die beim Bau beschäftigten Arbeiter ausreichende Wohngelegenheiten vorhanden sind; b. sämtliche Verordnungen über den Schutz von Arbeitern bei Ausführung von Hoch- und Tiefbauten auf alle ländlichen Gemeindegemeinschaften ausgedehnt werden. — Gen. Leinert begründete den Antrag, gestützt auf ein reichhaltiges Material, besonders aus ländlichen Kreisen, woraus hervorgeht, daß auf dem Lande die Bauarbeiter vielfach in Wohn- und Schlafstätten untergebracht sind, die auch nicht entfernt den Anforderungen der Gesundheit und Sittlichkeit entsprechen. Der Minister v. Breitenbach erkannte zwar an, daß gewisse Mißstände vorhanden sind, ersuchte aber um Ablehnung des Antrags, da er glaubt, daß sich ohne Gesetz auf dem Verordnungswege die Mißstände beseitigen lassen können. Sehr scharf rückte dem Antrage der konservative Abg. v. Malgahn und der Freikonservative v. Woyzna zu Leibe. Beide erklärten, daß sie darin nur einen Versuch der Sozialdemokraten erblickten, ihre Agitation auf das Land zu verpflanzen, und Herr v. Woyzna fügte noch hinzu, daß überhaupt die Bevölkerung auf dem Lande viel zu sehr verweichlicht werde und daß die Anglegenheiten Anfechtungen stelle. Die Abstimmung über den Antrag erfolgte erst am Sonnabend, doch ist auf seine Annahme nicht zu rechnen.

Neue Anträge im Preussischen Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus hat die Fortschrittliche Volkspartei Anträge eingebracht auf Aufhebung des sogenannten Plakatgesetzes und auf Übertragung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Einwirkung von Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte auf Preußen. Beide Anträge sind bereits in früheren Sessungen von den Sozialdemokraten eingebracht, aber nicht verabschiedet worden. Ein dritter fortschrittlicher Antrag fordert die Regierung auf, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die geistliche Ortschulinspektion aufzuheben und mit weltlicher Beschleunigung die nebenamtliche Kreis schulinspektion durch die hauptamtliche zu ersetzen und in erster Linie im Dienste der Volksschule erfahrene Männer dazu zu berufen.

Aus dem bayerischen Landtage.

Der starke Mann des neuen Ministeriums, Freiherr v. Soden, erlitt am Freitag unter allgemeinem Hochgelächter eine so beschämende Niederlage, daß man ein baldiges Ende dieser neuen Ministerherrlichkeit voraussetzen sollte. Auf der Tagesordnung stand der aus dem Vorjahre wiederholte sozialdemokratische Antrag eines Staatszuschusses von 200 000 Mk. für gemeindliche Arbeitslosenversicherung. Ein liberaler Antrag forderte die prinzipielle Anerkennung eines Staatszuschusses, ohne die Einführung einer bestimmten Summe zu verlangen. Das Zentrum ließ durch den einzigen, im Landtage übriggebliebenen christlichen Arbeitersekretär Oswald verkünden, daß seine Partei der Arbeitslosenfürsorge immer ein angemessenes Wohlwollen nicht verlagert habe und dieses angemessene Wohlwollen bestätigte der Zentrumsredner dann dadurch, daß er überhaupt keinerlei Stellungnahme verriet, sondern nur leere Worte machte. Der Minister des Innern aber stammelte hilflos, er sei auf diese wichtige Frage noch nicht vorbereitet, er habe sich nur auf die Maul- und Klauenseuche eingerichtet, ein Thema, das am Freitag zwar zuerst auf der Tagesordnung stand, das aber ohne Debatte an den Ausschuss verwiesen wurde. Weil nun der Minister nichts von der Materie weiß, muß er sich seine Stellungnahme vorbehalten. Auf die von der Linken niederlassenden gepefferten Antworten verzichtete sich der Minister des Innern weinerlich hinter der Ausrede, daß er respektmäßig überhaupt nicht zu derlei Kenntnissen verpflichtet wäre, das sei Sache des Ministerpräsidenten, Herr von Hertling, der aber leider nicht anwesend sei. Genosse von Haller kündigte daraufhin einen sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des kleinen Befähigungsnachweises für bayerische Minister an, wofür er einen Ordnungsruf erhielt. Schließlich erniedrigte das Zentrum auch die Abstimmung über den Antrag zur Postle. Während die Liberalen erklärten, daß sie nunmehr für den sozialdemokratischen Antrag eintreten würden, stimmte das Zentrum jetzt für den liberalen prinzipiellen Antrag, lehnte aber unsern positiven Antrag ab, nachdem es auch unsern Antrag auf namentliche Abstimmung verhindert hatte.

Rußland.

Die Toten Hagen an! Seitdem der langjährige Diktator von Odesa, General Tolmatschow, vor kurzem von seinem Posten entfernt worden ist, kommen Verbrechen an die Öffentlichkeit, die dieser Satrap bisher mit eiserner Faust niederzuhalten gewußt hat. Keumütige Polizeibeamte finden sich ein, die von den Verbrechen ihrer hochgestellten Vorgesetzten Angaben machen; Untersuchungen werden eingeleitet, die Presse spricht dunkel von einem verbrecherischen Bacchanal, an dessen Spitze der frühere Stadthauptmann gestanden hat. Im Mittelpunkt dieser Enthüllungen steht die Affäre Ishet. Ein politischer Gefangener, den General Tolmatschow der Vorbereitung zu einem Attentat auf seine Person verdächtigte, wurde während eines Transports von einem Gefängnis in das andere von den Schuldeuten niedergeschossen. Wegen Fuchterbachtis — so lautete die offizielle Rechtfertigung. Damit war dieser Mord, wie so viele andere abgetan. Aber nun klagt der Tote an. Ein früherer Polizeibeamter machte in dieser Angelegenheit belastende Angaben, der frühere Polizeimeister von Odesa Rublyki wurde von der Staatsanwaltschaft zum Verhör nach Odesa zitiert. In den Odesaer Zeitungen erschien folgende vielgesagene Notiz: „In einer privaten Unterredung erklärte Herr Rublyki, zur Zeit seinerzeit den höheren Instanzen darüber berichtet, aber seine Mitteilungen hätten bisher keine Ergebnisse gezeitigt.“

Nach dieser Erklärung zu urteilen, verpricht eine gründliche Untersuchung Licht in zahlreiche Verbrechen der

Bureaukratie hineinzutragen — wenn die Regierung es nicht wie gewöhnlich vorzieht, den Schleier über ihre Verbrechen ungekistert zu lassen.

Finnland.

Landtagsöffnung und Präsidentenwahl. Unter finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Am 1. März trafen die finnische Volksvertretung in Helsingfors zu einer neuen Session zusammen. Die Sessionseröffnung mußte um einen ganzen Monat verschoben werden, weil der „Säbellenat“ mit seinen Vorlagen nicht rechtzeitig fertig wurde. — Am 2. März fand die Präsidentenwahl statt. Obwohl die Sozialdemokratie 86 Sitze von 200 inne hat, wurde sie diesmal von der Teilnahme am Präsidium ausgeschlossen. Die Bürgerlichen verweigerten die sozialdemokratische Fraktion mittels eines geheimen Abkommens. Der Jungfinne Swinhufvud wurde im ersten Wahlgange mit 69 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Es waren 67 weiße Zettel abgegeben worden. Die Stelle des ersten Vizepräsidenten beanspruchte nach bisher geübtem Brauch die Sozialdemokratie. Die Wahl mußte dreimal wiederholt werden. Der Sozialdemokrat Sulo Wuolijoki erhielt im ersten Wahlgange 86, im zweiten 89 und im dritten 92 Stimmen. Vor dem dritten Wahlgange setzte der Vorsitzende eine Pause an, während welcher die Bürgerlichen dem Rückhandel zugunsten der Sozialdemokratie abschloffen. Es würde der Schwede Soderholm mit 98 Stimmen gegen 92 Stimmen, die unser Genosse erhielt, zum ersten Vizepräsidenten gewählt; zum zweiten wurde der Finne Ehto mit 94 Stimmen gewählt, während 60 weiße Stimmzettel abgegeben wurden. Der Vorsitzende Swinhufvud sagte in seiner kurzen Begrüßungsansprache folgendes: „Verehrte Volksvertreter! Seit der letzten Session sind viele neue Ereignisse hinzugekommen, viel Betrübenes ist geschehen. Wir erlebten Beschränkungen der Bürgerfreiheiten und Angriffe auf die Volksvertretung. Gesetze und Maßnahmen sind erlassen worden, die unsere Gesetzgebung bedrohen. Wir haben zu befürchten, daß unser Land und unser Volk zerrissen wird. Wohin das führt, ist nicht schwer zu sehen; aber das Volk hat die Pflicht, seine politischen Autonomie die Freue zu bewahren und sich der Unterdrückung nicht zu unterwerfen. Das finnische Volk bildet ein Ganzes und beansprucht als solches das Recht des Daseins, der Entwicklung und des Wachstums unter dem Schutze seiner eigenen Gesetze, die zu verteidigen ein jeder Volksgenosse, namentlich aber die Volksvertretung verpflichtet. Werte Volksvertreter! Ich heiße Sie willkommen zu den neuen Arbeiten des Landtags und danke Ihnen für das mir geschenkte Vertrauen.“

Aus Lübeck und Nahbargebieten.

Sonnabend, den 9. März.

Achtung Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrensboht (Hr. Dr. J. Christ) befinden sich in Lohn Differenzen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche betrug sich im Monat Februar auf 1257 (1281), die der Besucher auf 1893 (1872). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vorigen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 135 Personen. Mithin sind im Monat Febr. 1122 (1099) neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1355 (1360), darunter nach auswärtig schriftlich 51 (49). Von den Besuchern waren organisiert 712 (670) Personen, und zwar gewerkschaftlich 457, politisch 88, gewerkschaftlich und politisch 217. Unter den verbleibenden 681 Nichtorganisierten befanden sich 204 Angehörige von Organisierten und 58 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 935 (950) männlich, 333 (401) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1190 (1179); selbständige Gewerbetreibende, Beamte, Bauern etc. und deren Angehörige 178 (172); Vereine, Organisationen und Behörden 25 (21). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 1019 (1050) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 132 (119), Oldenburg 72 (79), Mecklenburg 68 (57), Preußen 59 (62), und sonstwo 5 (6). Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeitervereinerklärung (Infall, Invaliden- und Krankenversicherung) 315 (263), Arbeits- und Dienstvertrag 306 (267), bürgerliches Recht 438 (513), Strafrecht 93 (123), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 152 (150), Arbeiterbewegung 15 (15), Privatversicherung 18 (13), Handels- u. Gewerbesachen 14 (10), Verschiedenes 4 (1). Von den Auskünften machten 257 (280) die Anfertigung von 381 (305) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 45 (57) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 209 (185) Postsendungen. Der 19. Febr. zeigte mit 87 (103) die höchste, der 16. Februar mit 46 (40) die niedrigste Besucherzahl.

Wer ist Terrorismus? Als eine unerhörte Maßnahme muß es bezeichnet werden, wie die Zeitung des Hochaufwärts vorgeht, Arbeiter zu maßregeln, die keine Kadavergehorsam zu üben gewillt sind. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Am 1. Mai des vorigen Jahres wurden die Maurer auf dem Werke sich einig, den Tag, wie es seit 17 Jahren in ihrer Gewerkschaft in Lübeck üblich ist, zu feiern. Die Kollegen hatten aber nicht daran gedacht, daß ihre Handlungsweise Folgen nach sich ziehen würde. Kurzum, sie wurden entlassen, womit sie sich denn auch einverstanden erklärten. Ein Teil der Kollegen sagte den Fleischtöpfen des Hohenwerkes Walet und die andern verließen bei Unternehmern Unterschlupf zu finden, welche Arbeiter außerhalb des Werkes ausführen. Nun trifft es sich, daß ein Unternehmer, bei dem einer von den Sündern beschäftigt ist, die jetzigen Bauten auf dem Werk auszuführen hat. Es ging auch solange gut, weil ja der Kollege außerhalb des Werkes beschäftigt war. Als aber die Arbeiten fertig gestellt waren, wurde der Betreffende ohne weiteres nach dem Werke geschickt, um dort auf den Bauten des Unternehmers seine Arbeit fortzusetzen. Aber hier nahte sich die rächende Nemesis (Bortier); derselbe erklärte, der Ingenieur Nafete habe befohlen, ihn nicht auf das Werkterrain zu lassen. Wie fragen nun, auf welche Veranlassung und mit welchem Rechte wird ein derartiger Terrorismus geübt? Wie lautet doch das Kaiserwort: „Schwerste Strafe demjenigen, welcher jemanden an freiwilliger Arbeit hindert. Ober glaubt man, daß sich in diesem Falle doch kein Staatsanwalt findet.“

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat-Februar 1912. 1912: 594 019 Personen, 1911: 497 337 Personen, mehr 96 682 Personen. 1912: 58 949,23 Mt., 1911: 48 624,15 Mt., mehr 10 325,08 Mt. Betriebsergebnisse für die Zeit vom

1. April 1911 bis 29. Februar 1912. 1912: 7 105 461 Personen, 1911: 6 471 184 Personen, mehr 934 827 Personen. 1912: 710 988,87 Mt., 1911: 596 683,84 Mt., mehr 114 305,03 Mt.

Die Arbeiter-Genossenschaftsbäckerei e. G. m. b. H. hielt am 8. März d. J. ihre Generalversammlung für das Jahr 1911 ab. Genosse Wape legte den Geschäftsbericht vor. Aus demselben ist zu entnehmen, daß der ganze Umsatz 1 087 782,21 Mt. betrug. Der Bruttogewinn auf Waren beträgt 851 190,69 Mt., der Warenverbrauch 668 209,87 Mt., an die Niederlagen wurden 147 480,29 Mt. Prozente bezahlt, die Betriebskosten, Reparaturen, Zinsen und Abgaben betragen 187 919,70 Mt., es verbleibt ein Reingewinn von 90 122,55 Mt. Abschreibungen wurden auf Grundstücke, Inventar, Pferde- und Wagenkonto im Betrage von 11 276,85 Mt. vorgenommen. Verbrauch wurden 25 408 Sack Mehl. In der eigenen Mühle wurden 10 801 Sack Getreide vermahlen. Der Verkehr vom Spareinlagen-Konto war ein sehr reger, eingehalt wurden 140 894,22 Mt., es hat eine Höhe von 294 120,57 Mt. Die Summe der Aktiva und Passiva beträgt 710 927,84 Mt. Der Rechenschaftsbericht wurde genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, Genosse Hamann und Kömigt wurden per Klamation wiedergewählt. Der verbleibende Reingewinn soll wie folgt verteilt werden: Die Mitglieder erhalten für ihr Geschäftsgebühren 20 Proz. in Brotmarken a 50 Pfg., der Genossenschaftsbäckerei werden 2500 Mt. überwiesen, ferner: der Arbeiterbildungsschule 300 Mt., der Ferienkolonie 150 Mt., dem Diakonissenheim 150 Mt., der Waldschule 150 Mt., der Idiotenanstalt 150 Mt., der Fürsorgestelle für Lungenerkrankte 150 Mt., dem Kinderhospital 150 Mt., dem Krüppelheim 150 Mt., dem Bildungsfonds des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 100 Mt. Zur Verrellung an die Arbeitslosen wurde für 3000 Bröte a 50 Pfg. der Betrag von 1500 Mt. zurückgestellt. Die Niederlagen erhalten für die an die Bäckerei abgeführten Brotbeträge 1 Proz. Rückvergütung, die im Geschäft beschäftigten Personen 3 Proz. von ihrem empfangenen Lohn; der Rest wird für bauliche Zwecke zurückgestellt. Die Genossenschaftler werden darauf hingewiesen, daß die Dividenden-Brotmarken recht bald abgeholt werden müssen.

Die Genossenschaftsbücherei und Lesehalle im Jahre 1911. Der Bücherbestand betrug am Anfang des Jahres 6193 Bände, hinzugekommen sind im Laufe des Jahres 204 Bände, so daß der Bücherbestand am Schlusse des Jahres 6397 Bände betrug. Auf die einzelnen Abteilungen entfallen: Volkswirtschaft und Politik 1695 Bände, Gelehrbücher und Rechtswissenschaft 81 Bände, Geschichte 429 Bände, Philosophie, Religion, Schule, Kunst 173 Bände, Naturwissenschaft 249 Bände, Gesundheitspflege 106 Bände, Erdkunde und Reisebeschreibungen 175 Bände, Fachwissenschaft (Technik) 103 Bände, Unterhaltungsliteratur 1768 Bände. Anhang: Literaturgeschichte 24 Bände, Unterhaltungszeitschriften 495 Bände, Jugendschriften 34 Bände, Nachschlagewerke 15 Bände. Summa 6397 Bände. Lesefarten wurden im Laufe des Jahres 1892 ausgestellt, gegen 1941 im vorigen Jahr. Die Leser gehörten folgenden Berufen an: Bäcker 12, Bauarbeiter 144, Buchdrucker 85, Buchbinder 26, Brauer 1, Mühlensarbeiter 15, Fabrikarbeiter 180, Friseur 18, Gastwirtsgehilfen 11, Holzarbeiter 118, Maler 52, Metallarbeiter 515, Maschinisten und Heizer 12, Schuhmacher 12, Schneider 41, Schmiede 26, Steinrunder und Lithographen 85, Steinseher 16, Staats- und Gemeindegewerksarbeiter 25, Schlächter 4, Labararbeiter 15, Tapezierer 19, Transportarbeiter 202, Zimmerer 51, Arbeiter 45, andere Berufe 165, Familienangehörige 158. Bücher wurden 30 666 entliehen gegen 28 616 im Vorjahre, also mehr 2050 Bände. Auf die einzelnen Abteilungen entfallen: Volkswirtschaft und Politik 410 Bände, Gelehrbücher und Rechtswissenschaft 23 Bände, Geschichte 1522 Bände, Philosophie, Religion, Schule, Kunst 186 Bände, Naturwissenschaft 300 Bände, Gesundheitspflege 166 Bände, Erdkunde und Reisebeschreibungen 1405 Bände, Fachwissenschaft (Technik) 822 Bände, Unterhaltungsliteratur mit Anhang 25 832 Bände, Summa 30 666 Bände. In der Lesehalle liegen 37 Tageszeitungen, 20 Gewerkschaftsblätter und 36 Zeitschriften aus. Die Lesehalle wurde im Laufe des Jahres von circa 4000 Personen besucht.

Mittel gegen Nervenleiden werden in der bürgerlichen Presse sehr häufig angepriesen, und da es sehr viele nervöse Leute gibt, so machen die Fabrikanten solcher Nervenheilmittel wahrscheinlich sehr gute Geschäfte. Dieser Tage lag dem hiesigen „G.-A.“ ein Prospekt über eine sogenannte „Nervennahrung“ mit dem hübsch klingenden Namen „Nervin“ bei. Um die Realität der Sache ganz zweifellos zu erweisen zu lassen, wurde jedermann eine Probepackung dieser „Nervennahrung“ gratis und franco in Aussicht gestellt. Probieren geht über Studieren, dachte ein Leser des Prospekts, setzte sich auf seinen Holentboden und schrieb um Überzeugung einer Probepackung. Es dauerte auch garnicht sehr lange, und er erhielt eine Probepackung, aber nur eine solche, denn sie war leer. Von „Nervin“ war nichts darin zu entdecken. Dafür gab's jedoch ein Bescheid schreiben dabei, in welchem folgender Passus vorkam: „Setzen wir Ihr freundl. Einverständnis damit voraus, daß wir Ihnen heute drei Dosen unseres Präparates franco gegen Nachnahme von 5,75 Mt. übersenden.“

Natürlich brauchte der Mann diese Nachnahmensendung nicht anzunehmen — er hat es auch nicht getan — aber wie viele fallen darauf hinein! Und das ist ja auch der Zweck des ganzen Prospekts, Leute zu verlocken, sich eine Probepackung schicken zu lassen, worauf sie gleich eine unverlangte Nachnahmensendung erhalten. Dabei ist das angebotene Nervenheilmittel völlig wertlos. Jedenfalls werden diejenigen, die der Angabe solcher Prospekte gewöhnlich optimistisch gegenübersehen, gut tun, wenn sie recht vorsichtig sind.

Theaterbesuch im Monat Februar. Das Neue Stadttheater wurde im Februar 1912 insgesamt von 19 689 Personen (gegen 19 498 Personen im Februar 1911) besucht. Diese Besucherzahl entfällt auf 29 Abende und 5 Nachmittage (28 Abende und 4 Nachmittage). Der Durchschnittsbesuch betrug abends 519 Personen (1911: 592 Personen) mittags 930 Personen (1911: 727 Personen). Der größte Besuch war am 25. Februar mit 1019 Personen (Söhngenin), der kleinste Besuch am 2. Februar mit 253 Personen (Hans Sonnenstörbers Höllensfahrt). Das Stadttheater wurde im Februar 1912 an 6 Abenden von 1037 Personen besucht, gegen 588 Personen an 4 Abenden im Februar 1911.

Arbeiterriß. Einen schweren Unfall erlitt der auf dem Hochofenwert beschäftigte Arbeiter Meier dadurch, daß ihn ein umfallender eiserner Mast traf, wobei er einen Schenkelbruch sowie Quetschungen an der Brust und im Gesicht erlitt. Der Bedauernswerte mußte nach Anlegung eines Notverbandes ins Lübecker Krankenhaus gebracht werden.

Kontursöffnung. Über das Vermögen der Ehefrau des Hüttenbeamten Eugen Fahn, Frieda, geb. O. i. r. in Schlutup, Lübeckerstraße 55, ist am 8. März 1912, nachmittags 5¼ Uhr, das Kontursverfahren eröffnet worden.

Der Rechtsanwalt Dr. Rehder in Lübeck wurde zum Kontursverwalter ernannt.

pb. Gestohlene Risse. Aus einem Gasthose in der Großen Burgstraße ist eine Risse gez. A 17144, enthaltend 10 Bsd. Raffeegewürz, 2½ Kg. getrocknete Aprikosen, 5 Kg. Reis, 2½ Kg. Sago, 1 Stahlbrautbüchse, 1 Kg. Knochenöl, 5 Kg. Seife und 2 Kg. Winkfaben abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 8. ds. Mts., vormittags gegen 10 Uhr, ist vor dem Postgebäude am Markt ein Fahrrad, Marke „Wden Nr. 25“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittsbremse, nach oben gebogener Lenkstange, Kortgriffen und der vom Postgelamt gelieferten Erteilungsnr. 18 922 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Entwendete Kleidungsstücke. Am 8. d. M., in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags, wurden aus einem Hause der Gertrudenstraße folgende Gegenstände gestohlen: 1 schwarzer Winterpaletot mit Sammetkragen, 1 Smoking mit der Firma „Adam Deppert“, 1 dunkles Jackett, 1 dunkle Weste, 2 gestreifte Hosen, 1 altes graugelbtes Jackett, 1 Paar neue Lackstiefel mit schwarzen Schleißen, 1 Fernglas mit Futteral und Klemm, 1 weiße Weste, in der sich gelbe Flecke befinden, 1 weißes Oberhemd und diverse Kragen und Manschetten.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr gelangt als 6. Volks-Vorstellung Aufführung „Der Vorverkauf resp. die Auslosung“ der Willets findet heute, Sonnabend, von 8 bis 9 Uhr abends an der Theaterkasse statt. — Abends 7½ Uhr, geht bei Mittelpreisen die große Gesangs-Posse „Robert und Vertram“ von G. Käber in Szene. Im 3. Akt finden Gesangseinlagen der Damen Kruse-Tiburtius, Mara Janßen und der Herren Bistori, Kollwig und Langefeld, sowie ferner eine Vallet-Einlage statt. — In „Robert und Vertram“ sind die Herren Schweisguth, Pauls, von Schenk, Nowack, Albert, Schürer und die Damen Renner, Gerlach, Vormann beschäftigt. — Am Montag, abends 6½ Uhr findet das letzte Gastspiel des Kammerjägers Heinrich Krote statt und zwar als Walter Stolzing in Wagner's „Meister-singer von Nürnberg“.

Hamburg. Die Volksschullehrer Hamburgs sollen zwangsweise von ihren Vorgesetzten, den reichen, „königlichen Kauffleuten“, auf eine niedrige soziale Stufe befördert werden. Bisher marschieren sie, was ihre Besoldung anbetraf, im Vergleich mit den Kollegen im Reich in den vordersten Reihen. Die Kollegen sind schon seit ein paar Jahren das Gehalt aufgebessert worden, während man an der Gehaltsvorlage für die hamburgischen Lehrer noch immer herumdoziert. Offiziell ist diese Vorlage noch nicht erschienen; aber es sind schon schier ungläubliche Tatsachen publik geworden, die geradezu wie ein Dolch auf die Arbeit und Einschätzung der Lehrer des Volkes sich ausnehmen. Das Anfangsgehalt der Oberlehrer will man um 500 Mt. aufbessern, das der Volksschullehrer um ganze 100 Mt. Den letzteren legt man die höheren Zulagen an den Anfang, den ersteren an das Ende. Während also der jüngste Oberlehrer eine Nachzahlung von 1000 Mt. erhält, werden etwa 1400 hamburgische Volksschullehrer mit dem denkbar niedrigsten Sage von 200 Mt. abgefunden. Und nun erst das Endegehalt! Bei den Volksschullehrern soll es um 500 Mt. aufgebessert werden, bei den Oberlehrern um 2000 Mt. Es werden danach ein Gehalt von 11 000 Mt. beziehen. So will man in der Stadt der reichen Pfefferfäcke den Kulturwert der Volksschule und die Leistung der Volksschullehrer künstlich degradieren. Die „Pädagogische Reform“ schreibt zu diesem Vorhaben in berechtigter innerer Entrüstung: „Es widerspricht unserm Empfinden und unserm Bewußtsein von der Bedeutung unseres Standes in seiner sozialen und wissenschaftlichen Tätigkeit, wenn man uns so tief unter den Oberlehrer erniedrigt. Es empört und beleidigt uns die Arbeit des Oberlehrers und des Volksschullehrers sind ihrem Wesen nach gleich. Wir klagen an, daß einflußreiche Kreise der gelegentlichen Körperkassen ihre regierende Macht mißbrauchen und Sonderinteressen über das Wohl der Gesamtheit zum Gesetz erheben! Man nimmt, wo man geben sollte, und gibt, wo Beß und Macht herrscht. Hat die Oberschulbehörde gar keine Mittel, die Verringerung und beabsichtigte Kränkung von ihren Lehrern fernzuhalten?“

Politisch betrachtet, wird diese beabsichtigte Kluft zwischen Oberlehrern und Volksschullehrern ein Gutes wirken: Die Reihen der sozialdemokratischen Volksschullehrer werden sich mehren; wer bisher noch politisch indolent gewesen ist oder abseits gestanden hat von der großen sozialdemokratischen Kulturbewegung, der wird sich hingezogen fühlen zu ihr wie mit unsichtbaren Fäden, und so wird eintreten die Wirkung der Kraft, die stets das Böse will und das Gute schafft.

Kiel. Ein übeler Scherz. Ein weitverbreiteter Solatenull nahm hier einen recht unerwarteten und für die Beteiligten durchaus nicht angenehmen Ausgang. Am Montag abend traf auf dem kleinen Kreuzer „Köln“ ein an den Kommandanten des Schiffes gerichtetes Telegramm aus Wlch ein. Da an Bord niemand befugt war, das Telegramm zu öffnen, wurde die Dampfpinnasse klar gemacht, um es an den in der Feldstraße in seiner Wohnung befindlichen Kommandanten gelangen zu lassen. Das Telegramm war von dem Vater eines auf dem Schiffe dienenden Schuhmachergastes abgesandt und lautete inhaltlich: „Bitte meinen Sohn nicht zu beerdigen, komme sofort.“ Der Offizier war begreiflich aufs höchste entrüstet, daß man es ihm nicht direkt gemeldet hatte, daß einer von der Besatzung seines Schiffes verstorben war, er es vielmehr erst auf Umwegen erfahren mußte. Trotz der späten Zeit, es war gegen 11 Uhr, begab er sich sofort an Bord. Dort mußte niemand etwas von einem Todesfall. Die Sache klärte sich auch selbst auf, als der bis 11 Uhr beurlaubte gewesene Schuster selbst an Bord zurückkehrte. Es stellte sich nun heraus, daß der vermeintliche Verstorbene sich den allgemein sowohl bei der Landarmee als auch bei der Marine üblichen Mißgeleit hatte, einen gedruckten Trauerbrief an seine Eltern abzusenden, worin diesen die tiefbetrübtete Nachricht von dem Hinscheiden der letzten 200 Tage mitgeteilt wurde. Wer auch nur einen einzigen genaueren Blick auf den Brief wirft, muß sofort sehen, daß es sich dabei um einen, wenn auch gerade nicht genialen Miß handelt. Die ganze Aufmachung aber hatte die Eltern in ihrer Herzenangst um ihren Sohn das alles übersehen lassen. Sie glaubten, er wäre gestorben, und der Vater machte sich sofort auf die Fahrt nach dem weit entlegenen Kiel. Am Dienstag morgen wurde der Sohn in aller Frühe nach dem Bahnhof geschickt, um seinen Vater zu erwarten und an Bord zu bringen. Später wurde auch eine Dampfpinnasse nach dort entsandt. Der Erwartete trat erst ziemlich spät nachmittags ein und wurde dann in der Binasse nach der „Köln“ gebracht, wo ihm die nötige Aufklärung wurde. Immerhin haben die Eltern durch den Miß eine Menge Aufregung erlitten, auch sind ihnen durch die Reise des Vaters nicht unbedeutliche Kosten entstanden.

Strehse. Strell. In der hiesigen mechanischen Maschinenfabrik sind 184 Arbeiterinnen wegen nicht bewilligter Lohn-erhöhungen in den Ausstand getreten.

Bremerhaven. Transportarbeiterstreik in Bremerhaven. Zur Arbeitsstellung bei der Stauerei-Firma Hinck berichtet die „Volkstimme“: Im letzten Herbst wurde den Arbeitern auf eine Eingabe hin eine mögliche Lohnerhöhung zugesagt. Dabei wurde auch von Hinck versprochen, daß möglichst während der Mittagspause nicht durchgearbeitet werden sollte, und weiter, wenn Tag und Nacht durchgearbeitet, den Leuten ein halber Tag freigegeben werden sollte. Dieses Versprechen wurde systematisch gebrochen. Ja, nicht allein das, sondern, wenn einer der Arbeiter den Vorarbeiter auf dieses Versprechen aufmerksam machte, konnte er damit rechnen, daß für ihn die Entlassung kam. Daß dieses böse Blut erregen mußte, war vorauszu-sehen und schon seit Monaten verlangten die Arbeiter, daß die Organisation hiergegen Front machen sollte. Es sind dann von der letzteren Eingaben an die Firma Hinck, sowie auch an den Direktor Stadländer vom Norddeutschen Lloyd gemacht. Eine Antwort auf diese Eingaben erfolgte natürlich nicht, und die Versammlung der Arbeiter beschloß deshalb einstimmig, die Arbeit ruhen zu lassen. Wohl versuchte Herr Hinck junior, sogenannte Kontraktarbeiter für 81 Mt. Wochenlohn anzuwerben — und die gesamte bürgerliche Unterwiesepresse springt natürlich wieder durch Annoncen dem Herrn bei — aber das Resultat ist ein sehr mageres, trotzdem man sich nur von der lebenswürdigen Seite zeigte. Unterhandlungen sind in dieser Sache angebahnt, ob sie Erfolg haben, hängt von den Unternehmern ab. Die Arbeiter verlangen weiter nichts, als daß sie sich frei organisieren können und als Menschen behandelt werden. Gesteht man ihnen dieses Recht zu, so kann der Friede eintreten. Andernfalls muß der Kampf entscheiden. Auf alle Fälle ist der Bezug streng fernzuhalten.

Oldenburger Landtag.

h. Mit der Dienstadtung am Freitag ging die Tagung des Landtags zu Ende. Von Bedeutung ist aus der Verhandlung hervorgehoben, die Beschlußfassung über den Bau eines neuen Ministerial- und Landtagsgebäudes.

Die Notwendigkeit, eine Änderung des jetzigen Zustandes im Ministerium sowohl als im Landtag herbeizuführen, mußte allgemein anerkannt werden, genügen doch die Räume beider jetzigen Gebäude den Ansprüchen absolut nicht mehr. Nur waren Meinungsverschiedenheiten darüber, ist es möglich, durch Umbauten Verringerung zu schaffen, oder empfiehlt sich ein Neubau. Die Finanzlage des Staates ist gewiß keine günstige, aber die große Mehrheit des Landtags hielt den baldigen Neubau doch noch für billiger als Umbauten, die schließlich einen Neubau doch nicht vermeiden lassen. Die Gesamtaufkosten werden einschließlich Grunderwerb auf 2 200 000 Mt. veranschlagt.

Mit großer Majorität, unter der sich auch die Sozialdemokraten befinden, wird der Bau des Ministerialgebäudes und des Landtagsgebäudes beschlossen, jedoch sollen die Gesamtkosten 2 Millionen Mark nicht überschreiten. Für die Landbearbeitung werden 50 000 Mt. bewilligt; die Vorlage für den Bau soll in der Herbsttagung dem Landtage unterbreitet werden.

Der Landtag wählte einen dreigliedrigen Ausschuss zur Mitwirkung bei der Vorbereitung der Bauten aus der Mitte des Hauses und zwar einstimmig die Abgg. Schröder, Tappenberg und Hug.

Beschlossen wurde dann vom Landtage, die Regierung möge prüfen, ob nicht die Herausgabe eines selbständigen Anzeigenblattes für die Regierungs-Bekanntmachungen sich empfiehlt, da die Art der jetzigen Bekanntmachungen in dem „Anzeiger für Lübeck“, einem Lokaltblatt, den Interessen der Allgemeinheit nicht entspricht.

Eine Reihe kleiner Sachen fand dann noch keine Erledigung, worauf der Landtag vom Staatsminister Scheer geschlossen wurde.

Zur Erledigung in dieser Tagung sind gekommen: 35 Gesetzentwürfe, 51 Vorlagen der Regierung, 15 selbständige Anträge, 2 Interpellationen und 127 Petitionen.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 12. bis 19. März 1912:

Neues Stadttheater. Dienstag, den 12. März: „Boccaccio.“ Komische Oper von Suppe. — Mittwoch, den 13. März: „Der Troubadour.“ Große Oper von G. Verdi. — Donnerstag, den 14. März: „Sodom's Ende.“ Schauspiel von H. Sudermann. — Freitag, den 15. März: „Der Maskenball.“ Große Oper von G. Verdi. — Sonnabend, den 16. März: „Aida.“ Große Oper von Giuseppe Verdi. — Kadames — Ludwig Abel a. Gast. — Sonntag, den 17. März, nachm.: „Orpheus in der Unterwelt.“ Operette von Offenbach. — Abends: Erstes Gastspiel d. Kgl. Sächs. Kammerängerin Eva von der Osten. „Eugen Onegin.“ Große Oper von Tschaikowsky. — Tuesday, den 18. März: „Der Graf von Gleichen.“ Schauspiel von M. Schmidtson. — Dienstag, den 19. März: Letztes Gastspiel Eva von der Osten. „Liedland.“ Lustspiel von d'Alibert.

Stadthallen-Theater. Freitag, den 15. März: „Die Chöre.“ Schauspiel von H. Sudermann. — Sonntag, den 17. März: „Was ihr wollt.“ Lustspiel von W. Shakespeare.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 8. März. Auftrieb 4888 Schweine. Markt sehr flott geräumt. Überstand — Stüch.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 65.— bis 68.— (62,00 bis 63,00 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 64.— bis 65,50 (61,00 bis 62,50 Mt.) Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65.— bis 66,00 (60,50 bis 61,50 Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 65.— bis 66.— (60,50 bis 61,50 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 55.— bis 63,00 (42,00 bis 48,00 Mt.) Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 59.— bis 61,00 (57.— bis 49,00 Mt.) Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 53,00 bis 58,00 (41,00 bis 45,00 Mt.)

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Kömigt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling Berleger: E. H. Sch w a r z. Druck: Friedr. Meyers u. C. Sämtlich in Lübeck.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt ein Prospekt der Margarine-Werke H. v. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld, bei.

Konfirmanden-Anzüge

in enormer Auswahl.



Konfirmanden-Anzüge

aus schwarz und blau Cheviot

9⁵⁰ 14⁰⁰ 19⁰⁰ 24⁰⁰ 28⁰⁰ 34⁰⁰ M.

Konfirmanden-Anzüge

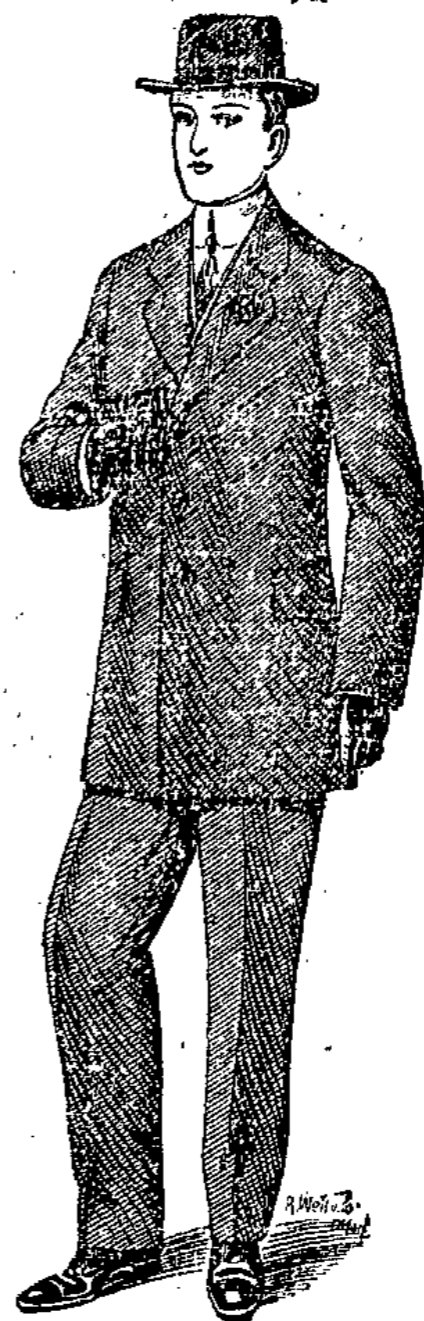
aus schwarz und blauem Kammingarn

12⁵⁰ 17⁰⁰ 22⁰⁰ 27⁰⁰ 32⁰⁰ 38⁰⁰ M.

Konfirmanden-Anzüge

aus schwarz Foulé und Tuchkammingarn

25⁰⁰ 30⁰⁰ 36⁰⁰ 41⁰⁰ 44⁰⁰ 48⁰⁰ M.



Konfirmanden-
Hüte ◊ Handschuhe ◊ Wäsche
Unterzeuge.

Wir führen nur gute gediegene Qualitäten,
die nach der neuesten Mode gearbeitet sind.

* **Lehrlings - Ausrüstungen für jeden Beruf.** *

Tonangebende Frühjahrs - Neuheiten in
Anzügen, Ulster und Paletots.

Spille & v. Lüfmann

Lübecks größtes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Mariesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca - Rabattmarken!



St. Lorenz erf. und ältestes

Motor- und

Fahrradhaus.

Neue und alte Fahrräder

in großer Auswahl.

Eigene Emaille- u. Vernickelungs-

Anstalt. Größte Reparaturwerkst.

H. Benthien

Fackelburger Allee 53.

Telefon 2058.

10.50 Mk. 12.50 Mk.



Rote Rabattmarken

oder 4 Prozent bar.

15.50 Mk. 18.00 Mk.

Alleinverkauf

F. Baurenfeind, Mühlent
str. 34.

Spezialitäten

d. Firma Ludw. Wiegels, Fischergrube 57

Bungescher Speiseessig,

Kons. Honigessig, Ia. Flom-

heringe, Ia. Anchovis,

Ia. weinsäure Salzgurken,

Ia. Magdeburger Sauerkohl

Ia. Rollmops.

Hermann Zunk

ist tot

in Lübeck sicher

der billigste Lieferant für Wiederverkäufer in

Konfirmations- und Osterkarten.

Großer eigener Verlag.

Fernsprecher 2561.

Lübeck.

Mengstraße 21.

Werfen Sie
ein Auge



Fabrik: Gebrüder Meyer, Hannover-Ricklingen.

„Ecla“

auf Ihr Schuhzeug und sagen Sie selbst, ob es gut geputzt ist oder nicht. Nur

kann Sie ganz zufrieden stellen. Überall zu haben.

Gebrüder Barg

— 5 Kohlmarkt 5 —

empfehlen

Bettfedern und Daunen

in nur tadelloser Ware.

Groß. Lager in fertig genähten

Bett-Inletts

sodas das Füllen von Betten

stets gleich erfolgen kann.

Ferner sämtliche

Aussteuer-Artikel

in bekannt großer Auswahl.

Rabattmarken od. 4% in bar.

Prachtvolle Salongarnitur Mk. 165,
Salonichrank 75, Tisch 18, eleg.
Blüschgarnitur 85, Vertikos reich ge-
schmückt 55, gr. Trumeaux 35, reich
geschmückte Vortgarnit. mit Herren-
stuhl 150, Schlafzimmer ff. u. Küche,
Divan, Stühle, Verschiedenes.
Besichtigung Wahnstr. 83, p. r.



Willi
Westfeling
Uhrmacher
und Juwelier,

Holstenstraße 32.

Alle Sorten
Brennmaterialien
empfiehlt zu billigsten Preisen
frei Haus
Hans Lübecke
Wickedestr. 33/5. Teleph. 2378.
Bei Lieferung ab meinem Lager
tritt eine Ermäßigung
sämtlicher Preise ein.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausverkauf
empfiehlt
J. Höppner, Beckerg. 66.

Bungescher Speise-Essig ist anerkannt der beste.

Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:

H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Zur Einsegnung

empfehlen unsere

Spezial-Abteilung für

Herren-Konfektion.

Schwarze u. blaue Konfirmanden-Anzüge

in modernen Fassons und Stoffarten.

Farbige Jünglings- und Herren-Anzüge.

Um zur Konfirmation etwas Besonderes zu bieten,
sind größere Posten

Anzüge, Hosen etc.

ganz besonders billig ausgelegt worden.

Anzüge 40, 35, 32, 28, 24 bis 8⁷⁵

Hosen 15, 12.50, 10, 8.50, 7.75, 7 bis 1⁹⁵

Gebrüder Barg.

Kohlmarkt 5.

Fernruf 1739.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 8. März 1912.

23. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst

Die Präsidentschaftswahl.

Vizepräsident Scheidemann übernimmt den Vorsitz und läßt zur Wahl des Präsidenten den Namensaufruf vornehmen. Er teilt mit, daß der Aufruf mit dem Buchstaben K. beginnt. Auf vielfache Rufe rechts: K?? antwortet Vizepräsident Scheidemann: Ja, K wie Kameel. (Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Scheidemann: Es sind abgegeben worden 388 gültige Stimmen, davon erhalten: Abg. Dr. Kaempf 192 Stimmen, Abg. Dr. Spahn 187, Abg. von Schwerin-Löwitz 2, Abg. von Hennebrand 2 Stimmen. Die absolute Majorität ist 192, danach wäre Herr Abg. Dr. Kaempf gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt. Dr. Kaempf (Wp.): Ich nehme die Wahl an. (Lebh. Bravo! links.)

Präsident Kaempf läßt nunmehr den Namensaufruf zur Wahl des ersten Vizepräsidenten vornehmen.

Es werden abgegeben 388 Stimmen, davon sind 26 ungültig. Die absolute Majorität beträgt 190. Erhalten haben Abg. Dr. Baasche (Nat.) 197, der somit gewählt ist, Scheidemann (Soz.) 155, Dieblich (Kons.) 2, Dr. Frank (Soz.) 1, Stadthagen (Soz.) 1, Dr. Cohn (Soz.) 1, Davidsohn (Soz.) 1.

Dr. Baasche (Nat.) erklärt, er nehme die Wahl an. (Bravo bei den Nat. und rechts.)

Erster (Ztr.): Ich beantrage, die Sitzung auf eine halbe Stunde auszusetzen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf läßt über diesen Antrag abstimmen. Die Vertagung wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten beschlossen.

Schluß 8 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 3¹/₂ Uhr läßt Präsident Kaempf den Namensaufruf zur Wahl des 2. Vizepräsidenten vornehmen.

Es werden abgegeben 378 Stimmen, davon 18 ungültig. Die absolute Majorität ist also 181. Abg. Dove (Wp.) erhält 209 Stimmen, Abg. Scheidemann (Soz.) 147, Abg. Graf Poladomsky 1, Abg. Bassermann 1, Abg. Müller-Meinungen 1, Abg. Davidsohn 1.

Abg. Dove (Wp.) ist gewählt und nimmt die Wahl unter lebhaftem Beifall der Freisinnigen und National-Liberalen an.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Fortsetzung der 2. Lesung des Etats des Reichsamt des Innern).

Schluß 4¹/₂ Uhr.

Die Bergarbeiter vor der Entscheidung.

Aus Anlaß der Reden von Vertretern verschiedener Parteien im Reichstage über die Bergarbeiterbewegung hatte der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, am Donnerstag mit einigen dieser Abgeordneten zu seiner Information eine Besprechung in seinem Dienstzimmer im Reichstagsgebäude. An dieser Konferenz nahmen teil die Abgg. Behrens (WBg.), Giesberts (Zentr.), Sachse (SD.), Robert

Schmidt (SD.), Söfinstky (Volo) und der frühere Abgeordnete Hue (SD.). Unter den Regierungsvertretern befand sich auch der Oberberghauptmann v. Wesßen.

So scheint also in letzter Stunde die Regierung durch den Staatssekretär des Innern den Versuch unternommen zu wollen, vermittelnd einzugreifen, um den Ausbruch eines Riesenkampfes im Ruhrgebiet zu verhindern. Es wird jedoch vielleicht zu spät sein. Die Verhandlungen in der Konferenz bewegten sich hauptsächlich in dem Sinne, ob, wenn die bestehenden Arbeiterausschüsse bei den Bergverwaltungen vorstellig und dort die Forderungen der Arbeiter vertreten würden, nicht der Friede erhalten bleiben könne. Ein Verhandeln der Arbeiterausschüsse verspricht jedoch wenig Hoffnung auf Erhaltung des Friedens. Sollte es wirklich diesmal, wenn die Arbeiterausschüsse von den Grubenverwaltungen zu Verhandlungen verlangt würden, anders kommen, so wäre das eine angenehme Enttäuschung, die von den Bergarbeitern freudig begrüßt würde. Die eingegangenen Antwortschriften der Grubenverwaltungen lassen jedoch erkennen, daß die Herren ihre Stellungnahme den Arbeiterausschüssen gegenüber noch nicht geändert haben. Um das zu beweisen, werden wir nachstehend eine Anzahl Antwortschriften veröffentlichen. Ein Teil der Antworten hat fast gleichlautend folgenden Wortlaut:

Wir müssen es ablehnen, uns zu den von Ihnen gestellten Forderungen zu äußern, da lediglich die nach Gesetzesvorschrift gebildeten Arbeiterausschüsse berufen sind, Anträge, Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis der Bergverwaltung zu bringen.

So wie diese Antwort lauten ungefähr 20 andere Antworten. Die Grubenverwaltungen wollen nur Wünsche und Beschwerden der Ausschüsse zur Kenntnis nehmen. Damit ist den Arbeitern nicht geholfen. Die Wünsche und Beschwerden sind den Bergverwaltungen längst bekannt, ohne daß bisher irgendwelche Abänderungen der bestehenden Zustände erfolgt sind. Abänderungen würden auch nicht erfolgen, wenn die Arbeiterausschüsse erneut die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter vortragen würden. Das wird auch klar und deutlich in einer Anzahl anderer Antwortschriften gesagt, in denen darauf verwiesen wird, daß die Befugnisse der Arbeiterausschüsse durch die gesetzlichen Bestimmungen geregelt sind. Die gesetzlichen Bestimmungen, worauf man sich in den vorerwähnten Antwortschriften beruft, besagen, daß der Arbeiterschuss in Lohnfragen nicht zuständig ist. In einem andern Antwortschreiben wird gesagt: „Sofern unsere Belegschaft Anträge, Wünsche oder Beschwerden vorzubringen hat, war dazu im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen lediglich der Arbeiterschuss unseres Werkes berechtigt.“

Damit ist klipp und klar ausgesprochen, daß die Grubenverwaltungen es ablehnen, über die Forderungen mit den Arbeiterausschüssen zu verhandeln.

Die weiteren Antwortschriften lauten größtenteils: Den Arbeiterausschüssen will man im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen eine Wirksamkeit zugestehen. Damit ist den Arbeitern aber nicht geholfen. Es ist darum auch verständlich, wenn die Arbeiterausschüsse es ablehnen, erneut Verhandlungen zu führen. In einem andern schon bekannten Schreiben wurde ja die Zuständigkeit des Arbeiterschusses in Lohnfragen direkt bestritten.

Mit Rücksicht darauf, daß ein größerer Teil der Arbeiter im christlichen Gewerksverein organisiert ist, lehnen es einige Bergverwaltungen ab, auf die Forderungen der Verbände einzugehen.

Die Verbände versprechen sich nichts von neuen Verhandlungen durch die Arbeiterausschüsse. Zum mindesten wäre es nötig, den Arbeitern bestimmte Zugaben zu machen. Das könnte die Arbeiter nur vom Lohnkampf abhalten. So wie die Situation aber gegenwärtig ist, ist keine andere Möglichkeit vorhanden, als die, die letzten Konsequenzen zu ziehen.

Bald erreichte er durch die offen gelassene Hintertür den Hof des Hirsches, und als er das Wild an der bezeichneten Stelle abgelegt, wollte er den Wirt rufen, um es ihm selbst zu überliefern. Der war aber, wie ihm das Mädchen unten in dem noch offenen Haus sagte, schon vor einer halben Stunde zu Bett gegangen, und dann durfte ihn niemand wecken. Morgen früh sei er jedoch beizeiten munter, und wenn er wolle, könne er da wieder kommen.

„Nicht vor neun Uhr,“ versetzte Schöffel und entfernte sich.

IV.

Am andern Morgen war der Herrlinger Förster Wenzel frühzeitig drüben bei seinem Hollenderer Kollegen Müller, und die beiden hatten viel mit einander zu sprechen. Ebenso war nach den beiden im Ort stationierten Gendarmen geschickt worden, die von ihnen ihre Verhaltensanweisungen bekamen. Gegen neun Uhr endlich ging Wenzel mit dem Förstergehilfen Meier die Straße langsam hinab, dem Roten Hirsch zu, um dort in der Nähe zu sein, sobald sie gebraucht würden.

Gerade als sie sich dem Hirsch näherten, kam ein kleines Mädchen mit einem Briefe in der Hand aus dem Hause, dem Kerdelmann folgte und noch in der Tür nachrief:

„Bekier mit dem Brief nicht, und meine schöne Empfehlung drüben.“

Das Mädchen nickte und trippelte dann an den beiden Jägern vorbei.

„Gi guten Morgen, meine Herren,“ redete diese der Wirt an — „ich so früh auf den Füßen? Dachte, weil Sie gestern Abend ein bißchen geschwärmelt hätten, würden Sie heute morgen auch etwas länger schlafen.“

„Guten Morgen, Kerdelmann,“ sagte Wenzel, während Meier nur ein paar Worte in den Bart murmelte, die eben so gut ein Gruß wie eine Verwünschung sein konnten. Damit schritten sie langsam am Wirt vorbei.

„Wie ist's, Herr Förster,“ rief ihm dieser nach, „kann ich noch immer nichts an Wild von Ihnen bekommen? Es geht jetzt höflich knapp bei mir her mit Wildpret, und alle Gäste verlangen danach.“

„Nun, Kerdelmann,“ versetzte der Förster, dem es eben erwünscht kam, ein Gespräch mit ihm anzuknüpfen — „das könnte sich vielleicht machen. Wir sollen in dieser Woche eine Jagd halten, und da denk ich doch, daß wir — so zwölf oder fünfzehn Stück auf die Haut bekommen. Wie viel braucht Ihr?“

„Herr Kerdelmann!“ rief in diesem Augenblick ein Junge aus dem Wirtszimmer heraus — „Sie sollen einmal einen

Eine Konferenz der Vorstände der Bergarbeiterverbände,

die in der Bergarbeiterbewegung gemeinsam vorgehen, nahm Stellung zu den von den Bergverwaltungen eingelaufenen Antwortschriften. Entgegen der Meinung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 6. März (Abendausgabe), daß die meisten Bergverwaltungen sich bereit erklärt hätten, mit den Arbeiterausschüssen über die Lohnhöhungen zu verhandeln, stellte die Vorstandskonferenz fest, daß diese Meinung unrichtig ist. Zwar wird in dem Antwortschreiben auf die Arbeiterausschüsse hingewiesen, es werden aber ausdrücklich die gesetzlichen Befugnisse der Arbeiterausschüsse hervorgehoben, die bekanntlich dahingehen, daß Arbeiterausschüsse in Lohnfragen nicht zuständig sind. Ein Teil der Bergverwaltungen erklärt auch, daß die Arbeiterausschüsse nur Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis bringen könnten. Daß die Bergverwaltungen den Arbeiterausschüssen gegenüber ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, die Schichtlöhne von 5 bis 10 Proz. für Belegschaften zu erhöhen — wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zu melden mußte — ist nicht richtig, davon ist in keiner Antwort der Bergverwaltungen etwas zu lesen. Wie die Bergverwaltungen die Aufgaben der Arbeiterausschüsse verstehen und was bei Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen herauskommen würde, darüber gibt folgende Antwort einer Bergverwaltung bereite Auskunft:

„Auf gemeinsame Eingabe vom 19. Februar d. J. erwidern wir ergebenst, daß der überlegende Teil unserer Belegschaft im Gewerksverein christlicher Bergarbeiter organisiert ist und wir mit Rücksicht hierauf es leider ablehnen müssen, zu den Forderungen ihrer Verbände Stellung zu nehmen. Zudem erblicken wir in dem auf gesetzlicher Grundlage gebildeten Arbeiterschuss den Vertreter unserer Belegschaft zur Vorbringung von Wünschen und Beschwerden, ohne jedoch diesem die Zuständigkeit in Lohnfragen zuzuerkennen.“

Unter diesen Umständen sah die Vorstandskonferenz davon ab, die Arbeiterausschüsse mit weiterem Vorgehen in der Lohnfrage zu beauftragen, zumal schon feststeht, daß die Arbeiterausschüsse — abgesehen durch die schlechten Erfahrungen bei den Verhandlungen im Jahre 1911 — sich weigern, nochmals über Lohnfragen mit den Bergverwaltungen in Besprechungen einzutreten.

Den Aktionsausschüssen der Verbände und der am Sonntag stattfindenden Revierkonferenz wird zwar ein Antrag der Arbeiterausschüsse mit den Verhandlungen zu beauftragen, vorgelegt werden, aber die Ablehnung dieses Antrages ist sicher.

Die Vorstandskonferenz erwartet von den Bergarbeitern, daß sie sich zu keiner vorzeitigen Handlung hinziehen lassen, daß sie Disziplin und Ruhe bewahren und den Beschluß der Revierkonferenz abwarten, die nach Lage der Sache entscheiden wird.

Im „Tag“ (8. März) beschäftigt sich der christliche Bergarbeiterführer Imbusch mit der Frage, ob die Streikgefahr im Ruhrgebiet gemildert werden könne. Er vertraut auf die christlich organisierten Bergarbeiter, die den sozialdemokratischen Lockungen nicht folgen werden. Das sei die Witterung der Gefahr eines Generalstreiks. Weiter erhofft Imbusch von dem Verhalten der Grubenbesitzer eine Milderung der Generalstreikgefahr. Sie sollen ungewollt zu erkennen geben, daß sie gewillt sind, die verprochenen Lohnsteigerungen durchzuführen. Dann würden viele Bergarbeiter es sich überlegen, ob sie lieber einem durchaus unsicheren und fast unmöglichen Streikerfolg unter großen persönlichen Opfern nachgehen wollen, oder aber lieber mit dem Gebotenen sich abfinden. Imbusch zweifelt nicht daran, daß die Grubenbesitzer durchaus gewillt sind, die Bergleute an dem durch die gestiegenen Kohlenpreise hereinkommenden Mehrgewinn teilnehmen zu lassen.

Dieser gute Glaube scheint nach den Antworten der Bergverwaltungen doch recht wenig Grundlage zu haben.

Der Wilddieb.

Erzählung von Friedrich Verstäcker.

(4. Fortsetzung.)

„Ich weiß es nicht,“ erwiderte Margarete eben so leise; „aber ich muß hinein, denn ich könnte vermißt werden. Kommt auch morgen nicht her, Joseph, die Jäger werden noch hier bleiben und wir dürfen uns der Gefahr nicht aussetzen, entdeckt zu werden. — Übermorgen sind sie wieder fort — gute Nacht.“

„Gute Nacht, Margarete!“ sagte der junge Mann und zog das Mädchen nochmals in seine Arme, denen es sich endlich langsam entwand und nach einem letzten Händedruck dem Haus wieder zueilte. Hier aber streckte sie eben den Arm aus, die Türklinke zu erfassen, als ihr zwei Männer entgegentraten — Meier und der Kreiser Schöffel.

„Alle Wetter, Gretchen,“ rief Meier, als er sie erkannte, „noch immer Flaschen in den Hof getragen? Dir muß es ja hier sehr gefallen, mein Schatz, daß Du fortwährend in dem dunkeln Garten stehst!“

„Was ich tue, geht niemand etwas an,“ sagte das Mädchen, glitt an den beiden vorbei und rasch in das Haus hinein.

„Nu, nu,“ brummte Meier hinter ihr her, „daß ich der Irdenen Junger nur nicht auf die Spur komme mit ihrer schrecklichen Sittsamkeit. Würdte wirklich wissen, ob wir hier nicht ein heimliches Stelldichein gefügt haben — verwünscht hochnasige Dirne — na wart, Dir werb' ich einmal anpassen. — Also Ihr tut jetzt, was Ihr übernommen habt und morgen früh um neun, nicht wahr?“

„Morgen früh um neun,“ sagte der andere und ging ohne weiteren Gruß um das Haus herum und wieder zur Hoftür hinaus. Meier blieb noch eine Weile auf seiner Stelle und horchte in den Garten hinein — dann musterte er den Dienstenstand, als ob er dort jemanden suche — aber er konnte nichts finden und kehrte langsam in die Wirtsstube zurück.

Schöffel hatte indeffen das in die Wildkammer des Försterhauses geschaffte Wild aufgeladen und schritt damit dem Roten Hirsch zu. Er hatte tüchtig daran zu schleppen. Ein hämmiger Mann jedoch wie er war, brachte er es die kurze Strecke schon fort und blieb nur einmal unterwegs stehen, weil es ihm war, als ob er jemanden hinter sich höre — es mußte aber Täuschung oder auch vielleicht der Schall seiner eigenen Schritte in der leeren, dunkeln Straße gewesen sein, und ohne sich weiter daran zu kehren, setzte er seinen Weg fort.

Augenblick hereinkommen. Der Mann ist drin — Sie wählen schon, von wegen des Geldes.“

„Richtig,“ sagte der Wirt — „bitte, kommen auch Sie einen Augenblick mit herein, Herr Förster; ich sage Ihnen dann gleich, was ich brauchen könnte. — Der Mann ist in der Hinterstube, nicht wahr, Franz?“

„Ja wohl.“

„Sag ihm: ich komme gleich.“

Die Einladung kam den beiden Jägern vollends erwünscht, und Kerdelmann ging hinter ihnen drein. Nur als sie das Gastzimmer erreicht hatten, bemerkte er entschuldigend:

„Ich habe nur ein kleines Gebetsgebet abzumachen, dann stehe ich augenblicklich wieder zu Diensten.“

„Machen Sie ihre Sachen ab, Kerdelmann,“ genehmigte der Förster, „wir haben schon so viel Zeit.“

„So, Schöffel,“ sagte der Wirt, als er zu diesem in das kleine Hinterstübchen trat — „ich habe mir das Wildpret angesehen; es ist gut und feist, und hier sind eure fünf Zaler. Nicht wahr, so viel verlangt Ihr ja dafür?“

„Ja wohl, Kerdelmann,“ sagte der Kreiser, indem ein eigentümliches Grinsen über seine Züge zuckte. „Wahr Geld lacht, und das hier ist ein hübscher Anblick — fünf blanke preussische Zaler. Aber wie ist mir denn, es war mir doch, als ob ich meinen Förster drüben hörte? Er hat doch nichts gemerkt?“

„Was ging es ihn an?“ beruhigte ihn der Wirt. „Das Wild ist ja nicht auf seinem Revier geschossen. Kommt gestrotzt mit hinüber, ich will Euch ein Glas Bier einschenken lassen.“

Schöffel war ans Fenster getreten und hatte dort seinen Hut aufgesetzt. Kerdelmann, der sich gerade von ihm abgewandt, sah es nicht, daß über den Hof herüber ein paar Gendarmen kamen und in sein Haus gingen.

„Gleich bin ich bereit,“ sagte der Kreiser, „ich wollte mir das Geld nur etwas beiseite stecken. Wenn sie bei unser einem eine Tasche voll harter Zaler sehen, ist der Teufel los. So — jetzt bin ich fertig — aber reinen Mund gehalten, Kerdelmann. Hahaha!“

„Ich verrate einem Dritten so wenig davon, wie Ihr selber,“ scherzte der Wirt. „Ja, wer uns beide zusammen fangen will, muß pfliffig sein, he?“

„Gewiß — hahaha,“ entgegnete der Kreiser — „versucht Schlauköpfe, die wir beide sind.“

„Ah — noch mehr Besuch!“ staunte der Wirt, als er sein Gastzimmer in diesem Augenblick öffnete und die beiden Gendarmen dort neben den Jägern erblickte. „Ist Ihnen ein Frühstück gefällig? Hier, Franz, schafft einmal Bier her für

Aus dem Gerichtssaal.

Militärjustiz. Vor dem Kriegsgericht der Kommandantur in Magdeburg war am Mittwoch der 23jährige Arbeitssoldat Bauer von der Arbeiterabteilung zu Magdeburg angeklagt, sich des tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten und der Beleidigung eines Wachtpostens schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte hat sich beim Militär eine Strafe nach der anderen zugezogen, und ist schließlich zur Arbeiterabteilung gekommen. Weil er den Dienst bei der Arbeiterabteilung als ehrenföhrig ansah, wollte er mit allen Mitteln versuchen, von der Arbeiterabteilung wegzukommen. Demzufolge nahm er sich vor, eine Straftat zu begehen, die ihn ins Zuchthaus bringen mußte, oder, wenn das nicht glückte, sich eine Festungsstrafe nach der anderen zuzuziehen, wobei er darauf rechnete, daß man ihn nicht länger als bis zu seinem 45. Lebensjahre (1) auf Festung würde behalten dürfen. Als eines Morgens der diensttuende Sergeant die Baracke betrat und Bauer zum Aufstehen aufforderte, warf er ein Brett nach dem Sergeanten, traf ihn jedoch nicht. Im Arresthause beleidigte er dann noch einen Wachtposten. Der Anklagevertreter beantragte, den Angeklagten zu fünf Jahren und einem Monat Gefängnis zu verurteilen. Der Verteidiger verlangte, da der Angeklagte wohl geistig minderwertig sei, ihn auf seinen Weisheitszustand zu untersuchen. Es wurde aber festgestellt, daß dies schon einmal geschehen und der Angeklagte für normal befunden worden ist. Das Urteil lautete auf sechs Jahre und drei Monate Gefängnis; die Höhe der Strafe wurde mit der „gemeinen Gesinnung“ begründet, die aus der ganzen Handlungsweise des Angeklagten spreche.

Aus Nah und Fern.

Das erste Opfer des Spandauer Bankbruchs ist der Maurermeister Emil Müller, der in Spandau als unbefordeter Stadtrat eine angesehene Stellung einnahm. Müller erschob sich infolge großer finanzieller Verluste.

Mordversuch im Theater. Im Apollentheater zu Halle a. S. feuerte Donnerstagabend beim Schlußakt eine 18jährige Modistin mit einem Revolver, den sie in ihrem Koffer verborgen gehalten hatte, auf ihren Geliebten, den Referendar Dr. R., der vor ihr in einer Loge saß, einen Revolvererschuss ab. Die Kugel traf den Referendar in den Rücken. Er sank zu Boden, während die Logenschließer die Modistin entwaffneten. Der Referendar wurde in eine Klinik gebracht, das Mädchen verhaftet. Das Publikum geriet, als der Schuß krachte, in große Aufregung, doch gelang es den Angestellten des Theaters, die Besucher zu beruhigen, sodaß die Aufführung nach kurzer Störung zu Ende geführt werden konnte. Das Motiv der Tat ist verschmähte Liebe.

Eine schreckliche Familientragödie spielte sich am Mittwoch in Hallwitz, einem malerisch gelegenen Heim für verkrüppelte Kinder in Buxtehude bei Ennsfeld, einem nordöstlichen Vorort von London ab. Mrs. Hurley, die Frau des Kastellans und Gärtners der Anstalt vergiftete ihre drei Kinder und tötete sich dann selbst. Die Familie bewohnte ein einstöckiges Häuschen in der Nähe des Einganges. Gegen ein Uhr Mittags hörten die Nachbarn laute Schreie und als sie herbeiliefen, sahen sie, wie die Frau sich vor Schmerzen auf dem Boden wälzte. Als man in das Haus eindrang, fand man zwei Kinder der Leute, einen dreijährigen Knaben und ein vierjähriges Mädchen im Sterben und einen neun Monate alten Knaben in hoffnungslosem Zustande. Die beiden ältesten Kinder und die Frau starben in kurzer Zeit, ohne daß ihnen Hilfe gebracht werden konnte. Das jüngste wurde ins Krankenhaus geschafft. Über die Motive der Tat ist nichts Näheres bekannt. Der Mann meinte, daß seine Frau in letzter Zeit niedergedrückt war, wofür er jedoch keinen Grund wisse. Neben den Leichen fand man ein Pulver, das Arsenik enthält und zur Vergiftung von Ungeziefer diente. Die erliche, die das Haus betrat, war die Verwalterin der Anstalt. Kurz darauf starben die beiden Kinder und wie soeben noch gemeldet wurde, ist auch das dritte Kind an den Folgen der Vergiftung verschieden.

Ein Mord. Mit einer Schädelerkennung wurde in dem pommerschen Dorfe Gremerbruch der Rentengutsbesitzer Witt tot aufgefunden. Er war mit seinem Einwohner Berlich abends im Gasthause, und beide gingen zusammen nach Hause. Vermutlich hat Berlich im Streit den Witt erschlagen; die Verdachtsmomente haben sich so gehäuft, daß Berlich wegen Mordes verhaftet wurde.

Grubenunfall auf der Zeche Scharnhorst. Auf der Zeche Scharnhorst, auf der bekanntlich fast die ganze Belegschaft augenblicklich streikt, ereignete sich ein schwerer Unfall durch Zubruchgehen von Bergwerk. Der Hilfssteiger eine erbärmliche Rolle spielt. Betrachten Sie, wie der Kerl da steht. Er kann die Augen nicht aufschlagen — er schämt sich wie ein Fudel, der beim Stehlen erwischt ist. Ich habe diesen Menschen immer für einen Lumpen gehalten, daß er aber solch eine gemeine Kanaille wäre, die einen ehrlichen Mann hinterhältig absichtlich ins Unglück zu bringen sucht, das wäre mir doch nicht im Traum eingefallen.

„Quer Schimpfen wird Euch vergehen, wenn Ihr erst im Turm sitzt,“ zischte der Kreiser zwischen den zusammengebissenen Zähnen hindurch, ohne jedoch den Wirt dabei anzusehen.

„Es ist nur die Frage, mein Bursche, wer eher in den Turm kommt, Du oder ich,“ erwiderte der Wirt. In dem Augenblick ging die Tür auf, und das kleine Mädchen, dem er vorher den Brief gegeben, kam herein. „Ah, Rätchen,“ wandte sich Kerdelmann zu diesem, „hast Du den Brief bestellt?“

„Ja, Herr Kerdelmann — der Förster wird gleich herunterkommen. Er zog sich nur den Rock an — derweil bin ich vorausgesprungen.“

„Das ist also bestellt,“ sagte der Wirt, „und nun, meine Herren, tut es mir leid, daß wir uns gegenseitig umsonst angekränkt haben, die Besche aufrecht zu halten. Kommt her Schöffel — reicht mir die Hand — es tut mir leid, daß ich Euch für einen Wilderer gehalten habe. Wie hieß es vorhin, mein wackerer Freund: verfluchte Schlauchöpfe, die wir beide sind, heh?“

Er bot dabei dem Kreiser die Hand, der sich aber nicht rührte, auch nur einen Finger anzunehmen, sondern nach seinem Kopf griff und seine Stirn rieb, als wollte er sich aus einem bösen Traum aufrütteln.

„Gute Fräulein helfen Euch nichts, Kerdelmann“, rief da der Försterhülfe. „Wozu die Fagen? Ihr seid auf frischer Tat ertappt. Vorwärts also, Gendarmen, lassen Sie sich das Corpus delicti nicht entgehen.“

„Späten Sie Ihr Latein, mein guter Herr Meier,“ entgegnete wohlgenut der Wirt. „Der Vorrat wird überhaupt nicht gar zu groß davon sein, und da brauchen kommt lobden Ihr Herr Förster, der wird die Sache aufklären.“ (Fortsetzung folgt.)

Daß Ambusch die ganze Bergarbeiterbewegung sodann als eine sozialdemokratische Kraftprobe bezeichnet, entspricht durchaus der Auffassung, die die christlichen Bergarbeiterführer von der letzten Bewegung der Bergarbeiter schon besunden haben. Und so ist es denn auch unrichtig, wenn Ambusch die Bewegung politisch fruchtbareren will, indem er schreibt:

„Schon seit langen Jahren hat man sich das Ziel gesetzt, den ganzen Industriebezirk von Düsseldorf bis Münster sozialdemokratisch zu machen. Beim Streik des Jahres 1906 ist dieses nicht gelungen. Natürlich will man auch den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter treffen. Diese Organisation soll aufgelassen werden. Das ist auch ein Ziel dieser Bewegung. Die Sozialdemokraten werden ihre Ziele nicht erreichen, wenn alle befähigten Leute, denen das wirkliche Wohl der Bergleute und der Allgemeinheit höher steht, als das sozialdemokratische Parteinteresse, zusammenhalten.“

Soziales.

Die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handels-gewerbe. Vor einigen Tagen hat das Reichsamt des Innern den Bundesregierungen den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zur Begutachtung übermitteln. Der Entwurf ist die Frucht einer jahrzehntelangen Agitation der Handlungsgehilfen-Organisationen, wenigstens er bei weitem nicht alle Wünsche der Angestellten erfüllt. Der Entwurf bricht erfreulicherweise mit dem Brauch, der Gewerbeordnung einen neuen Blick aufzuwerfen. Er faßt alle Bestimmungen über die Sonntagsruhe zusammen. Infolgedessen werden auch solche Gewerbszweige von ihm erfaßt, die der Gewerbeordnung nicht unterstellt sind, wie zum Beispiel die Versicherungsgesellschaften und Konsumvereine. Letzter enthält auch dieser Entwurf noch insofern eine Lücke, als er ganz unberechtigtweise die nicht gewerblichen Betriebe und Bureaus freiläßt. Dadurch wird von neuem ein großer Teil der Privatangestellten, namentlich die Bureauangestellten, von der Sonntagsruhe ausgenommen. Das Gesetz unterscheidet zwischen den offenen Verkaufsstellen und den Kontoren des Handelsgewerbes ohne solche offenen Verkaufsstellen. Zu einem völligen Verbot der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen (Ladengeschäften) kommt der Entwurf nicht. Er setzt für diese als Höchstmaß der Beschäftigungszeit am Sonntag drei Stunden fest, die in Orten mit Landbevölkerung auf vier Stunden erweitert werden kann. Durch Ortsstatut kann die vierstündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbszweige eingeschränkt oder ganz unterlagert werden. An höchstens sechs Sonntagen im Jahre kann die Polizeibehörde eine Beschäftigung bis zu zehn Stunden zulassen. Ganz und gar rückständig erweist sich der Entwurf bei der Regelung der Sonntagsarbeit in Kontoren. Anstatt hier die Sonntagsarbeit gänzlich zu verbieten, läßt er eine Arbeitszeit von höchstens zwei Stunden zu, die durch Ortsstatut oder Bestimmung des Regierungspräsidenten zugelassen werden kann. Es wird Aufgabe des Reichstages sein, wenn ihm im Herbst der Entwurf zur Beratung vorliegt, nicht nur diese Durchbrechung der Sonntagsruhe zu beseitigen, sondern auch das Gesetz auf die nichtgewerblichen Bureaus auszudehnen.

Kommunales.

Volksschullehrer und Gemeindeverwaltung. Die Volksschullehrer in Halberstadt sind mit dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung in Differenzen geraten. Die Lehrer bemühen sich schon seit geraumer Zeit, die im Lehrerbeförderungsgesetz vorgesehenen Ortszulagen zu erlangen. Magistrat und Stadtverordnete lehnten aber sowohl im verflochtenen, als auch in diesem Jahre die dahingehenden Anträge der Lehrerschaft ab. Während im vorigen Jahre in der Hauptsache die ungenügende Finanzlage der Stadt für die Ablehnung ausschlaggebend war, erfolgte sie in diesem Jahre, um die Lehrer zu bestrafen. Diese hatten sich nach der ersten Ablehnung ihrer Wünsche mit einer Eingabe an die Regierung gewandt und darin die Bitte ausgesprochen, die Regierung möge auf die Stadt einwirken, daß diese die Ortszulagen gewähre. Wegen dieser Eingabe wurden nun jetzt die Ortszulagen abgelehnt; nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten und ein Lehrer stimmten dafür. In der Lehrerschaft herrscht über die Ablehnung große Empörung, die bereits zur Abhaltung einer Versammlung und im weiteren Verlauf zur Veröffentlichung einer Erklärung geführt hat, in der die Ablehnungsgründe als verkehrt und die Ablehnung selbst als Bestrafung bezeichnet werden.

die Herren. Nun, was steht der Bengel da und sperrt das Maul auf! Soll ich Dir Weine machen?“

„Kerdelmann,“ sagte da Meier, „indem er auf den Wirt zutrat und ihm starr ins Auge sah, wir haben schon lange gewußt, daß Ihr es heimlich mit dem Geinold haltet und den Wilderern, wo Ihr es nur bekommen könnt, das geistlose Wild abkauft.“

„Es ist mir lieb, Herr Försterhülfe,“ unterbrach ihn Kerdelmann, indem er mit einem leichten höhnischen Zug um den Mund dem auf ihm hastenden Blick des Jägers begegnete, daß Sie mir das eben im Weisheit von Zeugen gesagt haben; die Herren hier, namentlich die beiden Gendarmen, werden mir das vor Gericht bezeugen.“

„So ist's recht,“ spottete Meier, „der Musik hat auch noch das große Maul. Aber — es soll ihm bald gelegt werden. Gendarmen — verhaften Sie den Wirt — er hat diesen Morgen dem Kreiser Schöffel da, der sich für einen Wilderer ausgegeben, ein Stück Wild heimlich für fünf Taler abgekauft und in seinem Schuppen versteckt. Schöffel wird Euch zeigen, wo es liegt — er hat soeben sein Geld von dem Diebstahlshehler eingeträgen.“

Der Försterhülfe hatte den Wirt während der Anklage scharf beobachtet. Zu seinem Erstaunen blieb Kerdelmann aber vollkommen gefaßt, ja ein leiser boshafter Triumph zuckte um seine Mundwinkel, als er sagte:

„Was ist Euch da nachherzählen, ehrlicher Schöffel?! Wenn Ihr mir das nur gleich gesagt hättet, daß Ihr mit den Herren Förstern einverstanden wäret. Aber es schadet nichts. Ja, wenn die Sache so steht, mein verehrter Herr Försterhülfe Meier, so werde ich Sie wegen Ihren Injurien gegen mich nicht verklagen. Sie haben es nicht besser gewußt, und was der Mensch in seiner Dummheit tut, soll man ihm nicht so hoch anrechnen.“

Meier wechselte vor Horn die Gesichtsfarbe, Försterhülfe aber ließ:

„Sie wollen doch nicht etwa leugnen, daß Sie dem Schöffel das Stück Wild abgekauft haben?“

„Leugnen?“ sagte Kerdelmann verwundert. „Mein Gott, wo wolle ich leugnen, was einmal die Wahrheit ist! Aber sehen Sie nur, was der Bursche, der Schöffel, jetzt für-

August Meyer wurde getötet und zwei Bergleute wurden schwer verletzt.

Terrorismus der Staatserhaltenden. Die bürgerlichen Parteien samt ihrer Presse leisten sich fortwährend einen großen Aufwand von Entrüstung über den angeblichen Terrorismus, den die Sozialdemokratische Partei wie auch die Gewerkschaften ausüben. Konservative, Nationalliberale und Zentrumsleute haben erst in letzter Zeit wieder im Reichstage und im preussischen Landtage ein Klagegedicht nach dieser Melodie angestimmt, das man auch sonst bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit hören kann. Es ist längst bekannt, daß das nur niederrichtige Scheitern ist, denn nirgends wird der Terrorismus schärfer kultiviert, als gerade in den heutigen sogenannten Staatserhaltenden Kreisen; der Kriegervereins-Terrorismus und der Terrorismus bei den Wahlen in den ostelbischen oder Zentrums-Gefilden sind ja bereits sprichwörtlich geworden. Jetzt ist die Erfurter „Triebkammer“ wieder in der Lage, einen sehr charakteristischen Fall von konservativem Terrorismus festzuzeichnen. Ihr ist nämlich folgendes Schreiben, das an einen Arbeiter gerichtet worden ist, zur Verfügung gestellt worden:
Ermland, d. 22. 2. 12.

Herrn . . . in Erfahrung brachte, daß Sie bei der letzten Wahl rot gewählt haben, veranlasse ich Sie, das von mir geliehene Kapital bis 1. Juni 1912 zurückzuzahlen. Es ist nicht meine Gewohnheit, an einen roten Geld zu verlieren. Gehen Sie doch zu Schulze und borgen Geld. H. Starkloff.

Der Arbeiter soll also wegen seiner politischen Gesinnung wirtschaftlich ruiniert werden. Wer könnte es auch einem unlerer Vaterlandstreuen zumuten, einem der roten Umstürzler Geld zu leihen. Die Arbeiter sind nur dazu da, ausgebeutet zu werden. Das verträgt sich sehr wohl mit der patriotischen Gesinnung!

Das hungernde Rußland. Die russischen Zeitungen bringen täglich spaltenlange Berichte über die Schrecknisse der Hungersnot. Mit jedem Monat wird die Not ärger, Krankheiten und Epidemien rafften die vom Hunger geschwächten Leute dahin, Selbstmorde der Hungernden sind ein alltägliches Ereignis geworden. Aus der Fülle der Nachrichten seien folgende angeführt: der Wriester Altgrafan Popow schreibt aus dem Dorfe Kusminka, Bezirk Orenburg an die Bezirkskommission: „Das Vieh haben die Bauern schon längst zu den niedrigsten Preisen verkauft; Unterlieferungsarbeiten sind nicht gewährt worden; Hilfsbedürftige sind in Mengen vorhanden. Die Bauern essen kein reines Kornbrot, sondern offenbar aus Sparankheitsrückichten ein Brot mit einem Zusatz aus getrocknetem Pfefferminst. Andere ziehen es vor, wie ich mit eigenen Augen gesehen habe, Baumrinde zu kauen. Infolge dieser Nahrung und des chronischen Hungers sind die Bauern schwach und matt geworden; bei vielen zeigt sich eine Krankheit, deren Symptome in Schwindel, Bauchweh, Übelkeit und sogar Erbrechen bestehen. Bei den Frauen finden Frühgeburten mit tödlichem Ausgang für das Kind statt. . . Wenn nicht bald Hilfe kommt, so sterben die Bauern am Hungertode. . . Selbst die offizielle „Nowoje Wremja“, die die Regierung stets zu neuen Schandtatzen aufzueht, steht sich genötigt, der Regierung ein Mißtrauensvotum auszubringen: „Die Mittel und die Bemühungen der Regierung sind ungenügend“, schreibt sie — die Not ist zu groß, die Misere hat ein gewaltiges Gebiet mit einer Bevölkerung von 80 Millionen betroffen. . . Je näher zum Frühling, desto ärger wird die Not. . .“ Wie der „Economist“ schreibt, herrscht zurzeit in 20 Gouvernements Hungersnot. Die Regierung gebe die Zahl der Notleidenden auf 12 Millionen Köpfe an, in Wirklichkeit sei sie wohl doppelt so groß. Das ist die Grundlage, auf welcher die Regierung und die herrschenden Parteien ihre verbrecherische, großmännische Politik treiben. „Sie haben nichts gelernt und alles vergessen!“ — dieses Urteil trifft auch auf die russischen Machthaber zu, die nach der Niederwerfung der Revolution im Wahnsinnstaukel ihrer zügellosen, volksfeindlichen Politik dem Untergang entgegenstreben.

Keine Nachrichten. Ein räuberischer Überfall ist in später Abendstunde gestern auf einen Werktneer Droschkenschaffner verübt worden. Dieser fuhr mit zwei Gästen die Döberitzer Heerstraße entlang. Kurz vor Nischelsdorf schossen diese beiden durch die Scheibe des Autos auf den Chauffeur, auf dessen Geld sie es unzweifelhaft abgesehen hatten, und trafen ihn in den Hinterkopf. Sie suchten ihn zu berauben, fanden aber nichts. Auf das Hilfgeschrei des Chauffeurs flüchteten sie. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht. In einem Steinbruch bei Barzmen wurden durch vorzeitige Explosion eines Sprengschusses zwei Italiener getötet und einige andere Arbeiter schwer verletzt. — Ähnlich wird gemeldet: Der Berlin-Wiener Schnellzug streifte gestern abend auf der Station Oberhollabrunn die Lokomotive eines rangierenden Güterzuges. Drei Fahrgäste und vier Bahnangestellte sind verletzt worden. Der Schnellzug traf in Wien mit zweistündiger Verspätung ein. — Nach einem in Lafayette, Staat Indiana, eingegangenen Bericht sind bei einem Eisenbahnunglück auf der Wabash-Bahn drei Passagiere getötet und 60 verletzt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellring. Verleger: F. H. Schwaib. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Gut gedüngtes Kartoffelland

hat zu verpachten, O-Rute 50 Pfg. Callies, Westloe. Schneiderin empfiehlt sich für allen vorkommenden Arbeiten blüht. C. Rath, Kottwitzstr. 55. part. Hausstaubwäpche wird noch angenommen, Stk. 8 Pfg. Engelsgarbe 32/10.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwarenhandl., u. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.

Frühzeitige Bilanz-Kartoffeln

50 Ztr. Berle von Erfurt 50 Ztr. Kaisertronen 200 Ztr. Magnum bonum treffen am

Mittwoch oder Donnerstag ein, die ich preiswürdig abgebe. C. Bannow, Gevedesstr. 17.

Doch lebe das gemüthliche Geburtstagskind W. B. in der Engelsgrube 55, I. Ob he wol lürten ut gior? Mutter.

Danksagung.

Für die so zahlreich bewiesene Teilnahme und für die vielen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen

Emil Peters

sagen hiermit allen, die uns ihre Teilnahme erwieien, dem Transportarbeiterverband, seinem Herrn Chef sowie seinen Kollegen unsern herzlichsten Dank.
Lübeck, März 1912.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Zum 1. April kleine 2-Stuben-Wohnung, für ältere Leute, zu vermieten. Preis 150 Mk.

Borbeckstraße 12.

Eine 2-Zimmer-Wohnung mit Stall zum 1. April zu vermieten.
Borbeck, Bogenstraße 2a.

Eine Drei-Stuben-Wohnung zu vermieten, Preis 200 Mk.
Näh. Schönhöfener Str. 18, part.

Eine schöne Drei-Zimm.-Wohnung, m. all. Zubeh. u. Gartenid. in Mori z. 1. April oder 1. Juli zu verm.
Näh. h. B. Draußen Mori.

Eine zwei-Stuben-Wohnung zu vermieten. Preis 120 Mk.
Wohlfahrter Allee 46.

Elegantes Maskenkostüm billig zu vermieten.
Warendorferstr. 86, part.

Damen-Maskenanzug billig zu vermieten. Warendorferstr. 50, 2. St. b. Schlachthaus.

Zwei gleiche saubere Damenmasken billig zu vermieten.
Kleine Burgstr. 21.

Gesucht ein junger Bursche beim Milchwagen. Zu melden
Wolferci Rensefeld.

Zuverlässige Frau empfiehlt sich zum Einhüten. Angebote unter Z B an die Expedition d. Bl.

Ein großer Puppenwagen zu kaufen gesucht. Angebote unter K 65 an die Expedition d. Blattes.

Kleines Haus 3 Zimmer und Zubeh. zu verk.
Gnaelsgrube, Slevers Torweg 8.

Grundstück m. 4 Wohnung, Anzahlung 1500 Mk., Rest fest, Käufer m. g. frei, weg. Krankl. zu verk.
Severdesstraße 14, part.

Baumplätz, 4000 qm, sehr günstig, gelegen, in der Nähe von bedeutend. Fabrikbetrieben Dänischburg, bei Lübeck gelegen, wo Wohnungsmangel ist, sofort zu verkaufen, passend für Baumunternehmer oder Ansäger. Offert. erb. unt. P 3864 an Emil Poeck, Annonce-Exp. Hamburg II.

Mercedes Schnürstiefel

neu, amerik. Form, Größe 48, billig. Wakenikmauer 1a, II.

Eine zweischläf. Bettstelle

mit Sprungfedermatratze billig zu verkaufen. Fischergarube 71, II.

Sehr guterhaltener Sitz- und Liegewagen mit Gummireifen billig zu verkaufen. Friedenstr. 8, I.

Schott. Karre, 2 eich. Böhlen und Fenster mit Rahmen für zwei Ruchten billig zu verkaufen.
Weidnerstraße 18, I.

Fast neue Plüschgarnitur

grün, zu verkaufen. Drögestr. 7, I.

Dung zu verkaufen.

Fackenburg, Segeberger Straße 92, I.

Eine sehr gute Sportkarre

billig zu verkaufen.
Weslhoffstraße 44, I.

Ein weißer Kachelofen mit unterfassen zu verkaufen.
Näheres Engelswisch 31, part.

1 Herren-Anzug, blau, 4 Stühle, Kommode, Antik, zu verkaufen.
Sadowasstraße 10.

Dung zu verkaufen.
Dorfstraße 3.

Ein fast neues Fahrrad

zu verkaufen.
Bei St. Johannis 22, II. links.

Eine Sportkarre

zu verkaufen. Wakenikmauer 1a.

Uter dunkelblauer Kinderwagen (Brennabor) mit Nickelgestell und Gummireifen für 12 Mk. zu verk.
Chalotsstraße 20, I. part.

Neue Schlafzimmereinrichtung wegen Platzmangel für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen.
Untertrave 111/112, I. links.

Ein guterh. Herren-Fahrrad

zu verkaufen. Borbeckstr. 3a, I.

2 Damen-Räder, mit und ohne Freilauf zu verk. Br. 30 u. 35 Mk.
Schwönekenguerstr. 2, II.

Ein Kinderwagen mit Nickelgest. und Gummireifen und eine Sportkarre zu verk. Rothwischstr. 29.

Rheinperle SOLO

Margarine die Etiketten der Branche ersetzen

Feinste Butter

Holl. Marg. Werke, Jürgens & Palmzen G.m.b.H. Goch, Rüd.

Merztlicher Sonntagsdienst

am 10. März von 1 Uhr an.
Dr. med. Feldmann, Dreieckstr.

Dr. med. Stoffer, Kronsf. Allee 6a, I.
Dr. med. Schnoor, Schwart. Allee 47.

Billig zu verkaufen Sofa, Tisch, 4 Rohrst., Küchensch. u. Tisch, schw. Anzug. Schwönekenguerstr. 28.

Zu verkaufen ein dunkelblauer Sitz- und Liegewagen mit Nickelgestell und Gummireifen.
Steinrader Weg 82b, II.

Fast neuer moderner Kinderwagen mit Gummireifen billig zu verkaufen.
Glandorpstr. 41, I.

Billig zu verkaufen ein guterhalt. brauner Kinderwagen mit Nickelgestell und Gummireifen.
Näheres Rosengarten 8/11.

Ein brauner Sitz- u. Liegewagen mit Gummireifen zu verkaufen.
Brolingstraße 60, III., am Warendorplatz.

Mehrere Kleider, passend zur Konfirmation, u. eine Nähmaschine billig zu verkaufen.
Wakenikmauer 128, II.

Ein Kinderwagen u. e. Bettstelle für je 5 Mk. zu verkaufen.
Birkenstraße 1, part.

Umzugshalber ein Tisch

billig zu verkaufen.
Warendorferstr. 14, I. rechts.

1 Sitz- u. Liegewagen (Beddingrohr) mit Gummireifen und Nickelgestell zu verkaufen. Preis 15 Mk.
Langer Lohberg 30/32, Hinterh. III.

1 Fahrrad und 1 Paar Zwergepapageien zu verkaufen.
Näheres Roselstraße 21, Hinterh.

2 fast neue Damenhüte, Winter- u. Sommerhut, Abendmantel und 2 Hauskleider, Herbesfallsalber billig zu verkaufen.
Glockengießerstraße 56, I.

Grobes Sofa und Tisch

billig zu verkaufen. Sadowasstr. 28.

Ein kleines Fahrrad

zu verkaufen. Elswialstraße 25a.

2 Turnerkleider und ein Paar Herren-Schnürstiefel, Nr. 12, billig zu verkaufen. Ziegelstraße 19a, part.

2 Paar Jagdtiefel

Größe 40, zu verk. Ludwigsstr. 54.

Guterh. Sitz- u. Liegewagen

billig zu verkaufen. Brolingstr. 4.

Kaninchen- u. Wirtstisch kann unentgeltlich abgeholt werden.
Kleiner Vogelweg 7, I.

Kaninchen zum Schlachten

zu verkaufen. Sedowasstraße 6a.

Kanarienhähne, St. S., mit gold. u. silb. Medaillen prämi., zu verk. Habe noch große Auswahl.
Jul. Hartwig, Severdesstr. 53, II.

Eine dreijährige Fiege zu verk. F. Eggers, Schwart. Allee 235.

Kanarienhähne u. Weibchen zu verkaufen.
Schwartauer Allee 155, I.

Zu verkaufen 4 Paar Briefständer 2 Danziger.
Schwönekenguerstr. 8.

Kanarienhähne zu verkauf.

Steischauerstraße 100, I.

2 tragende Milchziegen

zu verkaufen. Moisliger Allee 120.

Anker-Uhr

80 Stunden gehend für nur 3.50 Mk., mit Ketten 4.50 Mk. Marttwiete 2, part. bei der Post.

Betten-Duve liefert bestens und billigst.

Gr. Burgstr. 32.

Butter

wird in allen Verwendungsarten am besten ersetzt durch

van den Bergh's

berühmte, beliebte und bewährte Margarinemarken:

Vitello Pfund 80,-

Cleverstolz „ 90,-

Unerreicht „ 100,-

(leicht gesalzen).

Original-Fabrik-Marken. Feinste Qualitäten.

Im eigenen Interesse der Käufer ist darauf zu achten, daß auf Verlangen auch wirklich obige Marken verabreicht werden.

Konzerthaus „Flora“.

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

P. Scharnberg

Herren-Sohlen u. Abzüge Nr. 2.80

Damen- „ „ „ 1.80

Kinder- „ „ „ 1 an.
Bei St. Johannis 18.

Für Schuhmacher u. Schreibesohler Abfall-Leder zum Fliesen, Flecke u. El. Sohlen Pfd. 60 Pfg. Verkauf nur nachmittags von 12 Uhr an.
M. Bornhövd, Glandorpstr. 13, III.

Fahräder, Mäntel, Schlände, sämtliche Zubehörtteile, Reparaturen, alles billig.

M. Schultz, Wakenikmauer 5.

Magnum bonum

EG- und Pflanzkartoffeln billig bei

L. Jacobsen Nachf. C. Heese, Dieterstr. 26. Tel. 1440.

Entzückt

ist jede Hausfrau über den Kuchen von

LIEBIGS Backpulver.

ist jede Hausfrau über den Kuchen von

LIEBIGS Backpulver.

ist jede Hausfrau über den Kuchen von

ist jede Hausfrau über den Kuchen von

ist jede Hausfrau über den Kuchen von

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Die in der ordentlichen Generalversammlung vom 8. März 1912 beschlossene

Dividende

kann vom

Dienstag, d. 12. März

ab an den Wochentagen von morgens 9 Uhr bis 12 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, gegen Vorzeigung der Guthabenscheine im Kontor der Genossenschafts-Bäckerei, Köpferweg 66, in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Bezirksversammlung

für die Warenabgabestellen in der Königstraße und auf dem Langer Lohberg

am Montag, dem 11. März 1912

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Genossenschaftsrat
2. Wie betreiben wir die Agitation für die innere Stadt.

Referent: Geschäftsführer A. Benz.
3. Genossenschaftliches.

Um recht zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen bitten
Der Vorstand.

Schweinegilde f. Moisling und Umgegend.

Einladung zum

BALL

am Sonntag, dem 10. März

im Lokale der Ww. Schreiber

Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Arb.-Radfahrer-Verein Schönböcken.

Einladung zum

Kappenfest

am Sonntag, d. 10. März 1912

im Lokale Steinrader Baum.
Anfang 6 Uhr.
Eintritt für Herren 1 Mk.
Damen frei.

Die umliegenden Bundesvereine sind freundlichst eingeladen.

BALL

der Stockelsdorfer Schweinegilde von 1899

am Sonntag, dem 10. März

Hierzu ladet freundlichst ein
Das Komitee u. E. Rottgardt.

Gasthaus Lindenhol

Rensefeld.

Sonntag, den 10. März 1912

Grosses Konzert u. Bockbierfest.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Hierzu ladet freundlichst ein
Peter Runge.

Konzerthaus

Zauberflöte.

Neue Kapelle!!!
Oesterreichische
Damen-Kapelle
„Maiglöckchen“
6 Damen, 2 Herren.
Eintritt frei.
Anfang 4 Uhr.
Ludwig Koch.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Activa.

Bilanz pro 31. Dezember 1911.

Passiva.

	M.	℔		M.	℔
An Grundstücks-Konto	117138	76	Per Geschäftsanteil-Konto	17510	—
„ do. Johannisstraße 46/52	396975	28	„ Affervaten-Konto	3951	50
„ Dampfmaschinen-Konto	1	—	„ Reservefonds-Konto	28548	34
„ Sieb- und Sichtmaschinen-Konto	1	—	„ Spezialfonds-Konto	26791	67
„ Reinigungsmaschinen-Konto	1	—	„ Unterstützungsfonds-Konto	20335	97
„ Gasmotor- und Maschinen-Konto	1	—	„ Bau-Konto	17434	01
„ Inventarien-Konto	1	—	„ Hypotheken-Konto	76000	—
„ Pferde- und Wagen-Konto	1	—	„ do. Johannisstraße 46/52	198000	—
„ Kassa-Konto	4269	33	„ Spareinlagen-Konto	294120	57
„ Giro-Konto	8965	—	„ Bibliothek-Konto	1597	58
„ do.	14402	78	„ Kreditoren-Konto	1493	—
„ do.	24914	38	„ Gewinn- und Verlust-Konto:		
„ Depositen-Konto	650	—	Reingewinn pro 1911	24845	70
„ Großeinkaufs Gesellschafts-Konto	3181	25			
„ Bankeinlagen-Konto	103450	—			
„ Debitoren-Konto	47	60			
„ Waren-Konto	36637	01			
	M.	℔		M.	℔
	710627	34		710627	34

Debet.

Gewinn- und Verlust-Konto.

Kredit.

	M.	℔		M.	℔
Verteilung des Gewinn-Vortrages von 1910 laut Generalversammlungsbeschluß vom 9. März 1911			Per Gewinn-Vortrag von 1910	24323	86
An Dividenden-Konto Mk. 3282,—			„ Gewinn auf Waren-Konto	351190	69
„ Unterstützungsfonds-Konto „ 3000,—			„ Miete-Konto	20281	65
„ Bibliothek-Konto „ 3000,—			„ Eingang auf abgeschriebene Forderungen	50	20
„ Waren-Konto (Gratis-Brotverteilung) „ 3000,—					
„ Ueberweisungen:					
Arbeiter-Bildungsschule „ 300,—					
Ferienkolonie „ 150,—					
Diakonissenheim „ 150,—					
Waldschule „ 150,—					
Idiotenanstalt „ 150,—					
Fürsorgestelle für Jungenfranke „ 150,—					
Kinderhospital „ 150,—					
Krüppelheim „ 150,—					
Bildungsfonds des Zentralverbandes d. K. „ 100,—					
Rückvergütung an die Niederlagen „ 7822,19					
Vergütung an die im Geschäft beschäftigten Personen „ 2769,67	34323	86			
„ Handlungsunkosten-Konto	20676	08			
„ Reparaturen-Konto	11796	52			
„ Brenn- und Beleuchtungs-Konto	20463	48			
„ Pferdeunterhaltungs-Konto	9950	58			
„ Lohn- und Salär-Konto	98281	01			
„ Zinsen-Konto	17367	24			
„ Provisions-Konto	147480	29			
„ Abgaben-Konto	7112	39			
„ Kraftstrom-Konto	2272	40			
„ Abschreibungen:					
Debitoren-Konto Mk. 142,—					
5% Grundstücks-Konto „ 6165,20					
1% do. Johannisstr. 46/52 „ 4009,85					
Inventarien-Konto „ 209,80					
Pferd- und Wagen-Konto „ 750,—	11276	85			
„ Gewinn-Vortrag auf neue Rechnung	24845	70			
	M.	℔		M.	℔
	395846	40		395846	40

Am 1. Januar 1911 betrug die Mitgliederzahl 1246
 Abgang mit Schluß des Jahres 1911:
 Ausgetreten 6
 Verstorben 20
 Eingetreten sind 1911 1220
 Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1912 1253

Fünfzehntes Jahr mit beschränkter Haftpflicht.
 Die Geschäftsguthaben der Mitglieder haben sich seit dem 1. Januar 1911 um Mk. 780,— vermehrt.

Die Kasssumme hat sich seit dem 1. Januar 1911 um Mk. 210,— erhöht.
 Betrag der Kasssumme am 31. Dezember 1911 Mk. 37 590,—.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.

Der Vorstand: P. Pape. J. Böger.
 Der Aufsichtsrat: J. Reppenhagen. Paul Löwigt. H. Bed. Carl Hammann. G. Lufmann.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12 Große Pötte
 Küstler Fettkäse a 20—30 Pf.
 Detail-Verkauf auf der Diele.

Zentral-Hallen.
 Heute:
2. grosse Volks-Maskerade
 verbunden mit Kappenfest.
 Maskenzug 8 Uhr. Vorzugskarten sind im Lokal zu haben.
 Karten in im Lokal anwesend. H. Pagel.

Kalnbergs UNIVERSUM.
 Heute: Auftreten von **Heinr. Kalnberg**
 „Zu hoch hinaus“
 u. 22 Programmnummern
 Beginn Sonntag präz. 7 Uhr.
 Ende 12 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Aelteste und billigste Bezugsquelle
Vorstadt St. Lorenz
 empfiehlt sich in großer Auswahl für
Konfirmanden-Stiefel
 Damenstief. von 3 Mk., Herrenstief. von 5⁵⁰ Mk. an
 in allen Preislagen bis zu den feinsten.
Schuhwarenhaus Hermann Bade,
 Marienstraße 2.



Arbeiter-Turn-Berein Lübeck.

Einladung zum

BALL

verbunden mit
 turnerischen Aufführungen
 am Sonntag, 10. März
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstr. 50—52.
 Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Eintritt 50 Pf.
 Einzeln Dame 20 Pf.,
 wofür Garderobe.
 Das Komitee.

Deutscher
Buchbinder-Verband.
 Hauptstelle Lübeck.

Sonntag, d. 10. März:
Humoristischer Abend
 mit Ball
 im Lokale „Wakenitz-Bellevue“.
 Anfang 6 Uhr. Das Komitee.

Friedr. Franz-Halle
 Jeden Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
 Anfang 4 Uhr.
 Gaststation Krankenhaus.

Hansa-Theater

Dir.: H. Gollbach.
 Tel. 610. Tel. 610.
 Auf vielseitigen Wunsch.
 Sonnabend, den 9. März 1912:
Première
Krone und Fessel.
 Militär-Ausstattungsstück in 6
 Bildern von W. Howard und
 S. Loh.
 Mit Herrn Direktor
Reinhold Gollbach
 als Gast.
 Sonntag nachmittag bei kleinen
 Preisen:
 Fremden- u. Familien-Vorst.
 Vorverkauf bei Sager, Rohm,
 und Niemeyer, Breite Straße.

Neues Stadttheater.
 Sonntag, 10. März. Nachm. 3 Uhr.
 G. Volkstheater. Jeder Pl. 50 Pf.

Doktor Klaus.
 Lustspiel von Ad. Strouge.
 Vorverkauf der Billets für diese
 Volksvorstellung Sonnabend von 8
 bis 9 Uhr abends an d. Theaterkasse.
 Alle Plätze werden ausgelöst.
 Sonntag, 10. März. Abds. 7 1/2 Uhr.
 Voll-Pl. 148. Mittelpreis:
Robert und Bertram
 oder: Die lustigen Bagabunden.
 Große Gesangsposse von Raeder.
 Hierzu: Gesangs-Einlagen
 der Opern-Mitglieder Herren Pistorl,
 Kollwitz, Langefeld, Fr. Widhalm,
 Fr. Mara, Fr. Jansen
 und eine Ballett-Einlage.
 Montag, 11. März. 6 1/2 Uhr.
 Voll-Pl. 148. Montag-Abon. 24
 Erhöhte Preise.
 Leibes-Gastspiel des Kap.
 Bayr. Kammerjägers
Heinrich Knot
 Die Meistersinger v. Nürnberg.
 „Stolzling“ Heinrich Knot a. G.

Der Kampf um die Gehaltsaufbesserung der Beamten.

Mit den Anstellungs- und Gehaltsverhältnissen der mittleren und Unterbeamten der Reichspost beschäftigte sich am Donnerstag die Budgetkommission des Reichstages wiederum eingehend. Die Befolgsordnung vom Jahre 1909 hat eine solche Fülle von Ungerechtigkeiten gebracht, daß die Klagen steigend zahlreicher und dringlicher werden. Es rächt sich nun, daß der Reichstag 1909 den sozialdemokratischen Anträgen keine Folge geleistet, die Mehrheit sogar die von ihr damals in der Kommission gefassten, für die Beamten wesentlich günstigeren Beschlüsse aufgegeben hat, als die Regierung damit drohte, die Befolgsordnung eventuell fallen zu lassen. In der Donnerstagssitzung verurteilten die Liberalen, unterstützt von den anderen bürgerlichen Parteien, für etwa 3000 Postassistenten eine Jahreszulage von 300 Mk. zu erlangen. Wie schon im Vorjahre nahm auch jetzt die Regierung eine strikt ablehnende Stellung ein. Für die Sozialdemokraten erklärte Abg. Noke, daß sie für eine solche Zulage nur dann zu haben sind, wenn gleichzeitig auch den Unterbeamten, bei denen meistens eine direkte Notlage vorhanden ist, eine Aufbesserung ihrer viel zu niedrigen Gehälter zugebilligt wird, ebenso den nicht mit dem Beamtencharakter ausgestatteten Angestellten der Reichspost eine Lohnerhöhung. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wurde ein Antrag angenommen, der einen Nachtragsetat fordert, um den Assistenten die erwähnte Zulage geben zu können. Die Sozialdemokraten forderten nunmehr in einer Resolution eine Revision des Befolgsordnungs-Gesetzes in dem Sinne, daß eine angemessene Erhöhung der durchaus unzulänglichen Bezüge der Unterbeamten noch im Etatsjahre 1912 eintritt, wozu ein Nachtragsetat vorgelegt werden soll. Die Abgg. Ebert, Noke und Zubeil begründeten eingehend die sozialdemokratische Forderung unter Darlegung der sehr mißlichen Verhältnisse der Unterbeamten und Arbeiter der Reichspost. Mit dem Hinweis auf die Finanzen könne der sozialdemokratische Antrag schon deshalb nicht mehr bekämpft werden, weil die Regierung sowohl kurz vor den Wahlen, wie auch noch im neuen Reichstage den Stand der Finanzen als günstig für die Gegenwart und Zukunft geschildert habe. Die Statistik der Reichspostverwaltung über die Arbeiterlöhne beweise, daß das Reich ein sehr schlechter Arbeitgeber sei. Besonders die Lage der unteren Postbeamten in den großen Städten sei eine recht mißliche, und die Erregung unter den Beamten bezeichnerweise sehr groß. Da die Kommissionsmehrheit sich vorhin für eine Aufbesserung der wesentlich günstiger gestellten Assistenten entschieden habe, müsse sie gerechterweise auch für die Unterbeamten eintreten. Das Zentrum brachte hierauf eine Resolution ein, die für die Angestellten der Reichspost eine der örtlichen Verhältnissen angemessene Bezahlung fordert, ferner, daß die Anwärter für die Schaffensstellen in der Regel nach zehn Jahren etatsmäßig angestellt werden. Der Antisemit Werner forderte für die Postunterbeamten Wohnungsgeld nach Tarif 4 und eine einmalige Feuerzulage. Die antisemitischen Forderungen stießen auf einen energischen Widerspruch, weil sie teils direkt unbillig, teils nicht durchführbar sind. Auch die sozialdemokratische Resolution wurde bekämpft, weil sie überhaupt eine Aufbesserung der Unterbeamten und damit eine Änderung der Befolgsordnung verlangte. Die Regierung bekämpfte alle Anträge und glaubte, die Lage der Angestellten der Reichspost als gut beschreiben zu können. Dafür soll das starke Angebot von Stellungsuchenden sprechen. Vom Abg. Giesberts wurde zugegeben, daß die Befolgsordnung von 1909 zum Teil ein Mißgriff war. Man hätte doch die Assistenten und Unterbeamten besser stellen sollen, worauf von sozialdemokratischer Seite auf den Umfall der bürgerlichen Parteien bei der Befolgsordnung verwiesen wurde. So ist der Abg. Giesberts, der Vorsitzende des Zentrums, damals in dem Augenblick aus der Kommission verschwunden, als das Zentrum sich anschickte, umzufallen. Zu einer Beschlußfassung gelangte die Kommission noch nicht; die Debatte wird in der nächsten Sitzung fortgeführt werden.

Zur Aussperrung der Porzellanarbeiter.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen erstreckt sich die Aussperrung der Porzellanarbeiter auf die Orte Arberg, Selb, Selb-Waldberg, Schönwald, Moschendorf, Markt-Leuthen, Marktredwitz, Rehau, Tirschenrauth und Kronach in Bayern, während für die Porzellanindustrie in Thüringen in Betracht kommen: Ilmenau, Gotha, Eisenberg, Blankenhain, Stadtilm, Volkstedt, Uhlstädt, Kloster Veßra, Hermersdorf, Rahlitz, Rahlitz, Burgau, Meuselwitz und Hüttengrund. Für Sachsen sind in Mitleidenschaft gezogen: Oberhaindorf, Freureuth, Freiberg, Scheibitz und Margaretenhütte; für Schlesien: Altmasser, Waldenburg und Niederhaindorf, während an weiteren Orten noch in Frage kommen: Charlottenburg, Teltow, Köhler, Lettin und Zell in Baden.

In einer Reihe von Betrieben ist die Produktion so gut wie ganz unterbrochen, was dadurch verursacht wurde, daß in einer Reihe von Orten die unorganisierten Arbeiter sich mit den organisierten solidarisch erklärten. Viele größere Kunst sehr leistungsfähige Firmen stellen an ihre Abnehmer das Ersuchen, mit der Erfüllung von Aufträgen wegen der Aussperrung zu warten. Zweifellos werden eine Reihe von Fabrikanten dauernd schwer getroffen, so daß es begreiflich erscheint, wenn einige Unternehmer, die zur Aussperrung verpflichtet waren, es vorzogen, lieber die Konventionallieferung an ihre Organisation zu zahlen, als auszuweichen.

Am fühlbarsten aber wird durch diesen Kampf die Isolatorfabrikation getroffen. Die in diesen Artikeln arbeitenden größeren Betriebe in Meuselwitz, Hermersdorf, Selb und Margaretenhütte sind vollständig lahm gelegt. Dagegen spricht nicht, daß hier und dort ungelernete Arbeiter an die freigegebenen Plätze gestellt wurden. Hier handelt es sich um Qualitätsware, für die außerordentlich strenge Ausnahmemaßnahmen gelten. Nichtgelernete und fremde Arbeiter können den Unternehmern wenig oder garnichts nützen. Und die allgemeine Unterbrechung der Isolatorfabrikation wird

sich in kurzer Zeit nicht allein in der elektrotechnischen Industrie Deutschlands, sondern auch im Ausland, für das Deutschland auf diesem Gebiet der hauptsächlichste Lieferant ist, un-gemein stark geltend machen.

Man kann es darum verstehen, daß die aussperrenden Unternehmer noch einmal vor dem Beginn der Aussperrung alle Mittel anwenden, um die Arbeiter einzuschüchtern und auch die Organisierten wankelmütig zu machen. So wurden denn über den Vorsitzenden des Porzellanarbeiterverbandes allerlei Schwindeleien in die Welt gesetzt. Die Behörden wurden um militärischen und polizeilichen Schutz angerufen. Diesem Drängen der Unternehmer wurde nicht allein durch die Vereithaltung von Soldaten in Bayreuth, sondern auch durch wesentliche Verstärkungen der Gendarmenposten in den Aussperrungsorten stattgegeben. Das hatte nun bereits die Folge, daß die Volkseimannschaften, um ihre überflüssige Gegenwart notwendig erscheinen zu lassen, eigenartige Anzeigen gegen Aussperrte erstatteten. So wurde gegen einen Aussperrten in Hermersdorf ein Strafbefehl von 10 Mark erlassen, weil er einige Arbeitswillige dadurch belästigt haben sollte, daß er ihnen "fremd" ins Gesicht sah. Den Arbeitswilligen sind natürlich alle Freiheiten und Rechte eingeräumt.

Dazu kommen dann noch die Christlichen. Entsprechend ihrer inneren Veranlagung haben die Führer des christlichen Keramarbeiterverbandes in einer Konferenz in Marktredwitz ihren Mitgliefern empfohlen, als Arbeitswillige sich den Unternehmern zur Verfügung zu stellen, d. h. sich an dem Kampf nicht zu beteiligen. Begründend wurde für diesen neueren christlichen Streikbruch angeführt, daß die "christlichen Führer" noch nicht wüßten, wer in diesem Streit recht habe: die Unternehmer oder der Porzellanarbeiterverband!

Die Wirkungen all dieser Vorgänge: Die Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Unternehmer, das Verhalten der Behörden und das Bereitstellen von Militär und Polizisten, sind die Ursache, daß unter den schuldlos arbeitslos gewordenen Porzellanarbeitern, die zum ersten Male eine derartige allgemeine Aussperrung durchmachen müssen, eine außerordentlich begeisterte Kampfstimmung herrscht, bei der an ein bedingungsloses Unterwerfen der Arbeiter nicht zu denken ist. — Wenn die vereinigten Fabrikanten glaubten, mit ein paar Wochen die Geschäfte abgetan und die Arbeiter unterworfen zu haben, so werden sie eine Enttäuschung erleben, die sich auch stark auf den Gang der Porzellanindustrie geltend machen wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter in Oberschlesien. Die Vertreter der ober-schlesischen Bergarbeiterorganisationen haben sich mit dem ablehnenden Bescheid, den sie vom ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Verein auf ihre Lohneingabe vom 20. Februar d. J. erhielten, nicht beruhigt. Sie haben unterm 7. d. M. erneut Lohnforderungen an die einzelnen Grubendirektionen gefandt und um baldige Antwort gebeten. In der Eingabe wird zahlenmäßig nachgewiesen, daß die Bergarbeiterlöhne seit dem Jahre 1907 von 24 Mk. pro Vierteljahr auf 23 Mk. im Jahre 1911 gefallen sind. Erst im 3. Quartal 1911 ist der Lohn auf 28 Mk. gestiegen, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß eine Steigerung der Schichten um sechs pro Arbeiter erfolgt ist, womit die Lohnsteigerung vielleicht kompensiert wird. Dagegen wird zahlenmäßig festgestellt, in welchem Maße auch in Oberschlesien die Lebensmittelpreise gestiegen sind, was für einen Haushalt eine Steigerung der Ausgaben von 20 bis 40 Proz. ausmacht. Die Berechtigung der Lohn-erhöhung von 15 Proz. wird u. a. mit dem Hinweis auf eine seit dem 1. April d. J. in Aussicht genommene Steigerung der Kohlenpreise begründet. Die Kohlenpreise sollen pro Tonne um 50 Proz. erhöht werden, wodurch dem Absatz von 1911 entsprechend, eine Mehreinnahme von 1 1/2 bis 17 Millionen Mark erzielt würde. Die Eingabe ist unterzeichnet von der polnischen Berufsvereinigung der Bergarbeitersektion vom Verband der katholischen Arbeitervereine (Sig Berlin), dem Verband der Bergarbeiter, dem Gewerksverein der christlichen Bergarbeiter und dem Gewerksverein der Bergarbeiter (S. D.).

Zur Schneider-Aussperrung. Laut Beschluß des Unternehmerverbandes im Schneidergewerbe soll die Aussperrung am 9. März allgemein vollzogen werden. Die Ortsgruppen des Arbeiterverbandes haben gleichlautende Schreiben an die Ortsvorstände des Schneiderverbandes gerichtet, die folgenden Wortlaut haben:

Als Ortsgruppe des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe sind wir durch Hauptvorstandsbeschuß verpflichtet, die Betriebe unserer Mitglieder am Sonnabend, dem 9. März zu schließen, und damit unsere in anderen Städten bestreikte Kollegenchaft solidarisch zu unterstützen. Wir geben Ihnen von dieser Maßnahme Kenntnis und zeichnen

hochachtend!

Der Vorstand.

Zugleich hat der Unternehmerverband an die Kundschaft bzw. an das Publikum folgende Bekanntmachung in den bürgerlichen Blättern erlassen:

Bekanntmachung. Am 1. März d. J. hat die organisierte Beschäftigten in den Städten des Deutschen Reichs die Arbeit niedergelegt, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, nachdem alle durch örtliche und zentrale Verhandlungen unternommenen Schlichtungsversuche ergebnislos verlaufen waren. Zum Schutze seiner bestreikten Mitglieder hat nun der Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe beschlossen, seine sämtlichen Betriebe in 158 Städten Deutschlands zu schließen. Wir bringen diese Maßnahme hiermit zur Kenntnis der Öffentlichkeit und richten an unsere geschätzten Kundenkreis die höfliche Bitte, unseren Mitgliedern für die Reservierung der ihnen zugebundenen Aufträge durch gültige Nachsicht ihre Unterstützung in diesem Kampfe leihen zu wollen.

Allgemeiner Deutscher Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe.

Mit dieser Bekanntmachung erschien in bürgerlichen Blättern auch die Mitteilung, daß der Verband der Schneider eine weitere Zulassung in Halle a. S., die auf den 7. März cr. angelegt war, abgelehnt habe. Diese Mitteilung ist unrichtig. Bekanntlich hatte der Schneiderverband sich zustimmend zu dem Antrage des Unternehmerverbandes erklärt, erneut eine Vergleichsverhandlung in Halle stattfinden zu lassen. Der Unternehmerverband hatte aber später seinen Antrag auf Abhaltung dieser Konferenz zurückgezogen.

Der Streit der Leipziger Steinfeger siegreich beendet. Die Unternehmer, die den Kampf durch einen Angriff auf das Koalitionsrecht vom Zaune gebrochen, haben nicht nur diesen Angriff eingestellt, sondern einer Klausel zugestimmt, die als eine vollständige Freiheit der Sicherung des Koalitionsrechts angesprochen werden kann. Darüber hinaus hat die Unternehmer sich noch zu einer Lohnerhöhung von 7 Pf. pro Stunde, auf vier Jahre verteilt, verstehen müssen; außerdem wurde den Steinfegern ausgedrückt, daß die Preise für Akkorarbeit, deren Verweigerung nicht als Tarifbruch gilt, von der paritätischen Schlichtungskommission festgesetzt werden. Der Erfolg der Arbeiter ist umso bedeutungsvoller, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Leipzig der Unternehmer-Verband seinen Sitz hat. Er hat also zuzuliegen im eigenen Hause bei seinem ersten Vorstoß gegen das Koalitionsrecht eine vollständige Niederlage erlitten. — Auch der Abwehrstreik in Nordhausen ist nach wenigen Tagen vollständig zugunsten der Arbeiter entschieden worden.

Die Christlichen in der Bergarbeiterbewegung. Am Montag, dem 4. März traten bekanntlich die Belegschaften der Zeche Kaiserstuhl und Scharnhorst in den Ausstand. Darüber herrscht in der Zentrums-Presse und in der christlichen Gewerksvereins-Presse große Freude. Sie schrieb von anarcho-sozialistischen Einflüssen, von einem anarcho-sozialistischen Wutsch usw. Und diese Meinung ging in die gesamte bürgerliche Presse über. In der Streikerverammlung der Belegschaften der Zeche Kaiserstuhl, die am gleichen Tage stattfand, wurde durch den Vertreter des Bergarbeiterverbandes nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Agitatoren des christlichen Gewerksvereins ein Interesse daran hätten, solche Wuttsche zu veranlassen und ein geschlossenes Vorgehen der Bergarbeiter zu vereiteln. Auch wurde bekannt gegeben, daß schon am Sonntag der Beamte des christlichen Bergarbeiterverbandes, Schneider aus Herne, erklärt hatte, Montag oder Dienstag werden die Belegschaften von Kaiserstuhl in den Ausstand treten, dafür garantiere ich! — Diese Äußerung war sehr auffallend. Es fanden sich auch Montag früh vor der Einfahrt auf der Zeche vier bis fünf geheimnisvolle Gestalten ein, die mit Depeschen operierten, die vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes und der polnischen Berufsvereinigung ausgehen sollten, und die zum Streik aufforderten. Auch das war recht eigenartig. Nun scheint Licht in dieses geheimnisvolle Dunkel zu kommen. Es wird jetzt folgendes bekannt: In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde das christliche Gewerkschaftsmitglied Steinbill dabei angetroffen, wie es auf der Zeche "Eremonia" in Dortmund im Waschkraum einen Anschlag aufhängte, worin zum sofortigen Streik aufgefordert wurde. Recht interessant! Das kennzeichnet die Stimmung der christlichen Gewerkschaftsmitglieder! Die Gewerkschaftsführer gaben sich alle Mühe, ihre Mitglieder eventuell zum Streikbruch zu verleiten; und die Mitglieder forderten über die Köpfe ihrer Führer hinweg zum sofortigen Streik auf! Sie wollen das Verhalten ihrer Leitung vereiteln. Wäre es auf der Zeche "Eremonia" den Ausstand zu hegen, dann hätte die Zentrums-Presse wieder von einem anarcho-sozialistischen Wuttsch geschrieben und Stimmung gegen die Bergarbeiter gemacht. Das ist ihr Hauptzweck. Das Verhalten dieser Presse ist geradezu gemeingefährlich. So schreiben die bürgerlichen Zeitungen und die "Eremonia" vom 8. März: Auf der Zeche Kaiserstuhl kam es zu Kämpfelein, und gerade die jüngeren Bergleute waren es, die in großer Zahl den Eingang besetzt hatten und den Arbeitswilligen den Eingang versperrten. Die verstärkte Polizei schaffte später Ordnung. Vereinzelt fielen aus der Menge der Streikenden auch Schüsse. Nun bringt die "Eremonia" vom 6. März folgenden Bericht: In unserer gestrigen Notiz über den Streik war gesagt worden, bei Gelegenheit des Ausstandes auf Zeche Kaiserstuhl sei vereinzelt geschossen worden. Aus amtlicher Stelle wird nun mitgeteilt, daß durch polizeiliche Ermittlungen bisher nicht festgestellt worden ist, daß von den Streikenden am gestrigen Tage Schüsse abgegeben worden sind. Insbesondere hat keiner von den in Frage kommenden Polizeibeamten einen Schuß gehört. — Also nicht einmal gehört hat die Polizei die Schüsse! Damit ist die Zentrums-Lüge von der Schießerei entfallen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie von der Zentrums-Presse außerhalb des Ruhrgebiets noch weiter verbreitet wird. Im übrigen herrscht im Ruhrrevier völlige Ordnung und Ruhe.

Die "Christlichen" verraten die ausgesperrten Porzellanarbeiter! Die mit ausgesperrt gewordenen Mitglieder des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes mußten im nördlichen Bayern am Montag die Arbeit wieder aufnehmen, da eine in Marktredwitz stattgefundenen Delegiertenversammlung so beschloß. Zur Beschönigung dieses traurigen Streiches veröffentlichte die christliche Organisation in der bürgerlichen Presse eine Erklärung, in der sie — ist dreifach Dohn! — die Wiederaufnahme der Arbeit als einen Akt der Neutralität im Kampfe zwischen den Porzellanindustriellen und dem "sozialdemokratischen" Porzellanarbeiterverband bezeichnet!

Differenzen im Mählengewerbe. Im Herbst gelang es den Arbeitern der Dampfgrauwollenmühle von Zaenker u. Co. in Alten, durch einen Streik eine kleine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Seit kurzem bemüht sich die Firma nun lebhaft, die organisierten Arbeiter aus ihrem Betriebe zu entfernen. Dazu wurde zunächst die Gründung einer Unterstützungs-kasse vorgenommen, die den Verband ersetzen sollte. Zu einem Beitrage von 50 Pf. pro Mitglied und Woche wollte die Firma 20 Pf. regelmäßig zuschießen, das Geld mit 8 Proz. verzinsen und es zu Weihnachten oder bei Krankheitsfällen auszahlen. Das verlockende Angebot hatte jedoch nicht die erhoffte Wirkung; die Arbeiter waren so leicht zu bewegen, ihre Organisation aufzugeben. Die Firma, die Widerpenstigen zu entlassen, dem Vorwande des Arbeitsmangels; sondern werden aber gleichzeitig neue Arbeitskräfte — unorganisierte natürlich — eingestellt. Um sich gegen die Vernichtung der Organisation zur Wehr zu setzen, hat der Brauerer- und Mählengewerkschaftenverband zunächst die Sperrung über den Betrieb verhängt, dessen Erzeugnisse übrigens fast ausschließlich von Arbeitern konsumiert werden.

Ein draufschüssiger Streikurteil fällt schonmal die Straf-kammer unter dem Vorsitz des schon mehrfach genannten Landgerichtsdirektors Dr. Siebert. Während der Metallarbeiteraussperrung war der an der Bewegung garnicht beteiligte Angeklagte, ein seit fünf Jahren in einer

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Activa.

Bilanz pro 31. Dezember 1911.

Passiva.

	M.	ℳ		M.	ℳ
An Grundstücks-Konto	117188	76	Per Geschäftsanteil-Konto	17510	—
„ do. Johannisstraße 46/52	396975	28	„ Affervaten-Konto	3951	50
„ Dampfmaschinen-Konto	1	—	„ Reservefonds-Konto	28548	34
„ Sieb- und Sichtmaschinen-Konto	1	—	„ Spezialfonds-Konto	26791	67
„ Reinigungsmaschinen-Konto	1	—	„ Unterstützungsfonds-Konto	20335	97
„ Gasmotor- und Maschinen-Konto	1	—	„ Bau-Konto	17434	01
„ Inventarien-Konto	1	—	„ Hypotheken-Konto	76000	—
„ Pferde- und Wagen-Konto	1	—	„ do. Johannisstraße 46/52	198000	—
„ Kassa-Konto	4269	33	„ Spareinlagen-Konto	294120	57
„ Giro-Konto	8965	—	„ Bibliothek-Konto	1597	58
„ do.	14402	78	„ Kreditoren-Konto	1492	—
„ do.	24914	33	„ Gewinn- und Verlust-Konto:		
„ Depositen-Konto	650	—	Reingewinn pro 1911	24845	70
„ Großeinkaufs-Gesellschafts-Konto	3181	25			
„ Bankeinlagen-Konto	103450	—			
„ Debitoren-Konto	47	60			
„ Waren-Konto	36627	01			
	M.	ℳ		M.	ℳ
	710627	34		710627	34

Debet.

Gewinn- und Verlust-Konto.

Kredit.

	M.	ℳ		M.	ℳ
Bereitstellung des Gewinn-Vortrages von 1910 laut Generalversammlungsbefehl vom 9. März 1911			Per Gewinn-Vortrag von 1910	24323	86
An Dividenden-Konto	Mk. 3282,—		„ Gewinn auf Waren-Konto	351190	69
„ Unterstützungsfonds-Konto	3000,—		„ Miete-Konto	20281	65
„ Bibliothek-Konto	3000,—		„ Eingang auf abgeschriebene Forderungen	50	20
„ Waren-Konto (Gratis-Brotverteilung)	3000,—				
„ Ueberweisungen:					
Arbeiter-Bildungsschule	300,—				
Ferienkolonie	150,—				
Diakonissenheim	150,—				
Waldschule	150,—				
Widwenanstalt	150,—				
Fürsorgestelle für kranke	150,—				
Kinderspital	150,—				
Krüppelheim	150,—				
Bildungsfonds des Zentralverbandes d. B.	100,—				
Rückvergütung an die Niederlagen	7822,19				
Vergütung an die im Geschäft beschäftigten Personen	2769,67	24323	86		
„ Handlungsunkosten-Konto	30676	08			
„ Reparaturen-Konto	11796	52			
„ Brenn- und Beleuchtungs-Konto	20463	48			
„ Pferdeunterhaltungskonto	9950	58			
„ Lohn- und Salär-Konto	98281	01			
„ Zinsen-Konto	17367	24			
„ Provisions-Konto	147480	29			
„ Abgaben-Konto	7112	39			
„ Kraftstrom-Konto	2272	40			
„ Abschreibungen:					
Debitoren-Konto	Mk. 142,—				
5% Grundstücks-Konto	6165,20				
1% do. Johannisstr. 46/52	4009,85				
Inventarien-Konto	209,80				
Pferde- und Wagen-Konto	750,—	11276	85		
„ Gewinn-Vortrag auf neue Rechnung		24845	70		
	M.	ℳ		M.	ℳ
	395846	40		395846	40

Am 1. Januar 1911 betrug die Mitgliederzahl 1246
 Abgang mit Schluß des Jahres 1911:
 Ausgetreten 6
 Verstorben 20
 26

Singetretten sind 1911 1220
 Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1912 1253

Fünfzehntes Jahr mit beschränkter Gastpflicht.
 Die Geschäftsquittungen der Mitglieder haben sich seit dem 1. Januar 1911 um Mk. 780,— vermehrt.

Die Gastsumme hat sich seit dem 1. Januar 1911 um Mk. 210,— erhöht.
 Betrag der Gastsumme am 31. Dezember 1911 Mk. 37 590,—.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.

Der Vorstand:
 P. Pape. J. Böger.

Der Aufsichtsrat:
 J. Reppenhagen.
 Paul Löwig. U. Beck.
 Carl Hammann. G. Ludmann.

Käse-lager Schumacherstr. 12 Große Höhe
 Lüfter Ventile a 20—30 Pf.
 Detail-Verkauf auf der Diele.

Zentral-Hallen.

Heute:

2. grosse Volks-Maskerade

verbunden mit Kappenfest.

Maskenzug 8 Uhr. Vorzugskarten sind im Lokal zu haben.
 Karten im Lokal anwesend. H. Pagel.

Kalnbergs UNIVERSUM.
 Heute: Auftreten von **Heinr. Kalnberg**
 „Zu hoch hinaus“
 u. 22 Programmnummern
 Beginn Sonntag präz. 7 Uhr.
 Ende 12 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Aelteste und billigste Bezugsquelle
Vorstadt St. Lorenz
 empfiehlt sich in großer Auswahl für
Konfirmanten-Stiefel
Damenstief. von 3 Mk., Herrenstief. von 5⁵⁰ Mk. an
 in allen Preislagen bis zu den feinsten.
Schuhwarenhaus Hermann Bade,
 Marienstraße 2.



Einladung zum BALL
 verbunden mit
turnerischen Aufführungen
 am Sonntag, 10. März
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstr. 50—52.
 Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Eintritt 50 Pf.
 Einzeln Dame 20 Pf.
 wofür Garderobe.
 Das Komitee.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 Zahlstelle Lübeck.
Samstag, d. 10. März:
Humoristischer Abend
 mit Ball
 im Lokale „Wakenitz-Bellevue“.
 Anfang 6 Uhr. Das Komitee.

Friedr. Franz-Halle
 Jeden Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
 Anfang 4 Uhr.
 Gaststation Krankenhaus.

Hansa-Theater
 Dir.: R. Gollbach.
 Tel. 610. Tel. 610.
Auf vielseitigen Wunsch.
 Sonnabend, den 9. März 1912:
Première
Krone und Fessel.
 Militär-Ausstattungsstück in 6 Bildern von W. Howard und S. Luz.
 Mit Herrn Direktor **Reinhold Gollbach** als Gast.
 Sonntag nachmittag bei kleinen Preisen:
 Fremden- u. Familien-Vorst. Vorverkauf bei Sager, Kohn, und Niemeyer, Breite Straße.

Neues Stadttheater.
 Sonntag, 10. März. Nachm. 3 Uhr.
 6. Volksvorst. Jeder Pl. 50 Pf.
Doktor Klaus.
 Lustspiel von Ad. L'Arronge.
 Vorverkauf der Billets für diese Volksvorstellung Sonnabend von 8 bis 9 Uhr abends an d. Theaterkasse.
 Alle Plätze werden ausgelost.
 Sonntag, 10. März. Abds. 7 1/2 Uhr.
 Voll-Ab. 148. Mittelpresse.

Robert und Bertram
 oder: Die lustigen Bagabunden.
 Große Gesangsparade von Raeder.
 Hierzu: Gesangs-Einlagen der Opern-Mitglieder Herren Pistori, Kollwitz, Langefeld, Fr. Widham, Fr. Mara, Fr. Jansen und eine Ballett-Einlage.
 Montag, 11. März. 6 1/2 Uhr.
 Voll-Ab. 149. Montag-Abon. 24.
 Günstige Preise.
 Letzte Gastspiel des Kgl. Bayr. Kammerjägers
Heinrich Knotte
 Die Meistersinger v. Nürnberg.
 „Stolzling“ Heinrich Knotte a. G.

Der Kampf um die Gehaltsaufbesserung der Beamten.

Mit den Anstellungs- und Gehaltsverhältnissen der mittleren und Unterbeamten der Reichspost beschäftigte sich am Donnerstag die Budgetkommission des Reichstages wiederum eingehend. Die Besoldungsordnung vom Jahre 1909 hat eine solche Fülle von Ungerechtigkeiten gebracht, daß die Klagen steigend zahlreicher und dringlicher werden. Es rächt sich nun, daß der Reichstag 1909 den sozialdemokratischen Anträgen keine Folge geleistet, die Mehrheit sogar die von ihr damals in der Kommission gefaßten, für die Beamten wesentlich günstigeren Beschlüsse aufgegeben hat, als die Regierung damit forcierte, die Besoldungsordnung eventuell fallen zu lassen. In der Donnerstagsitzung verfielen die Liberalen, unterstützt von den anderen bürgerlichen Parteien, für etwa 8000 Postassistenten eine Jahreszulage von 800 Mk. zu erlangen. Wie schon im Vorjahre nahm auch jetzt die Regierung eine strikt ablehnende Stellung ein. Für die Sozialdemokraten erklärte Abg. Moske, daß sie für eine solche Zulage nur dann zu haben sind, wenn gleichzeitig auch den Unterbeamten, bei denen meistens eine direkte Volltage vorhanden ist, eine Aufbesserung ihrer viel zu niedrigen Gehälter zubestimmt wird, ebenso den nicht mit dem Beamtencharakter ausgestatteten Angestellten der Reichspost eine Lohnerhöhung. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wurde ein Antrag angenommen, der einen Nachtragsetat forderte, um den Assistenten die erwähnte Zulage geben zu können. Die Sozialdemokraten forderten nunmehr in einer Resolution eine Revision des Besoldungsgesetzes im dem Sinne, daß eine angemessene Erhöhung der durchaus unzulänglichen Bezüge der Unterbeamten noch im Etatsjahre 1912 eintritt, wozu ein Nachtragsetat vorgelegt werden soll. Die Abgg. Ebert, Moske und Zubeil begründeten eingehend die sozialdemokratische Forderung unter Darlegung der sehr mißlichen Verhältnisse der Unterbeamten und Arbeiter der Reichspost. Mit dem Hinweis auf die Finanzen könne der sozialdemokratische Antrag schon deshalb nicht mehr bekämpft werden, weil die Regierung sowohl kurz vor den Wahlen, wie auch noch im neuen Reichstage den Stand der Finanzen als günstig für die Gegenwart und Zukunft geschildert habe. Die Statistik der Reichspostverwaltung über die Arbeiterlöhne beweise, daß das Reich ein sehr schlechter Arbeitgeber sei. Besonders die Lage der unteren Postbeamten in den großen Städten sei eine recht mißliche, und die Erregung unter den Beamten beträchtlicher Weise sehr groß. Da die Kommissionmehrheit sich vorhin für eine Aufbesserung der wesentlich günstiger gehaltenen Assistenten entschieden habe, müsse sie geredetweise auch für die Unterbeamten eintreten. Das Zentrum brachte hierauf eine Resolution ein, die für die Angestellten der Reichspost eine der örtlichen Verhältnissen angemessene Bezahlung fordere, ferner, daß die Anwärter für die Schaffnerstellen in der Regel nach zehn Jahren etatsmäßig angestellt werden. Der Antisemit Werner forderte für die Postunterbeamten Wohnungsgeld nach Tarif 4 und eine einmalige Feuerzulage. Die antisemitischen Forderungen stießen auf einmütigen Widerspruch, weil sie teils direkt unbillig, teils nicht durchführbar sind. Auch die sozialdemokratische Resolution wurde bekämpft, weil sie überhaupt eine Aufbesserung der Unterbeamten und damit eine Änderung der Besoldungsordnung verlangte. Die Regierung bekämpfte alle Anträge und glaubte, die Lage der Angestellten der Reichspost als gut bezeichnen zu können. Dafür soll das starke Angebot von Stellungsuchenden sprechen. Vom Abg. Giesberts wurde angegeben, daß die Besoldungsordnung von 1909 zum Teil ein Mißgriff war. Man hätte doch die Assistenten und Unterbeamten besser stellen sollen, worauf von sozialdemokratischer Seite auf den Umfall der bürgerlichen Parteien bei der Besoldungsordnung verwiesen wurde. So ist der Abg. Hamecher, der Vorsitzende des Zentrums, damals in dem Augenblick aus der Kommission verschwunden, als das Zentrum sich anschickte, umzufallen. Zu einer Beschlußfassung gelangte die Kommission noch nicht; die Debatte wird in der nächsten Sitzung fortgeführt werden.

Zur Aussperrung der Porzellanarbeiter.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen erstreckt sich die Aussperrung der Porzellanarbeiter auf die Orte Arzberg, Selb, Selb-Wölbberg, Schönwald, Moschendorf, Markt-Leubitz, Marktredwitz, Rehau, Tirschenrauth und Kronach in Bayern, während für die Porzellanindustrie in Thüringen in Betracht kommen: Jhmenau, Gotha, Offenbach, Blankenhain, Stadtilm, Volkstedt, Uhlstädt, Kloster Veßra, Hermersdorf, Kahle, Raghütte, Burgau, Meuselwitz und Güntergrund. Für Sachsen sind in Mitteleuropa gezogen: Oberhaindorf, Fraureuth, Freiberg, Scheibitz und Margaretenhütte; für Schlesien: Altwasser, Waldenburg und Niederhain, während an weiteren Orten noch in Frage kommen: Charlottenburg, Zettow, Roßlau, Lettin und Zell in Baden.

In einer Reihe von Betrieben ist die Produktion so gut wie ganz unterbrochen, was dadurch verursacht wurde, daß in einer Reihe von Orten die unorganisierten Arbeiter sich mit den organisierten solidarisch erklärten. Viele größere sonst sehr leistungsfähige Firmen stellen an ihre Abnehmer das Ersuchen, mit der Erfüllung von Aufträgen wegen der Aussperrung zu warten. Zweifellos werden eine Reihe von Fabrikanten dauernd schwer getroffen, so daß es begreiflich erscheint, wenn einige Unternehmer, die zur Aussperrung verpflichtet waren, es vorzogen, lieber die Konventionalstrafe an ihre Organisation zu zahlen, als auszuweichen.

Am schmerzhaftesten aber wird durch diesen Kampf die Isolatorindustrie getroffen. Die in diesen Artikeln arbeitenden größeren Betriebe in Meuselwitz, Hermersdorf, Selb und Margaretenhütte sind vollständig lahm gelegt. Dagegen spricht nicht, daß hier und dort ungelernete Arbeiter an die freigegebenen Plätze gestellt wurden. Hier handelt es sich um Qualitätsware, für die außerordentlich strenge Ausnahmeregelungen gelten. Nichtgelernete und fremde Arbeiter können den Unternehmern wenig oder garnicht nützen. Und die allgemeine Unterbrechung der Isolatorfabrikation wird

sich in kurzer Zeit nicht allein in der elektrotechnischen Industrie Deutschlands, sondern auch im Ausland, für das Deutschland auf diesem Gebiet der hauptsächlichste Lieferant ist, ungemein stark geltend machen.

Man kann es darum verstehen, daß die aussperrenden Unternehmer noch einmal vor dem Beginn der Aussperrung alle Mittel anwendeten, um die Arbeiter einzuschüchtern und auch die Organisierten wankelmütig zu machen. So wurden denn über den Vorsitzenden des Porzellanarbeiterverbandes allerlei Schwindeleien in die Welt gesetzt. Die Behörden wurden um militärischen und polizeilichen Schutz anrufen. Diesem Drängen der Unternehmer wurde nicht allein durch die Vereithaltung von Soldaten in Bayreuth, sondern auch durch wesentliche Verstärkungen der Gendarmereposten in den Aussperrungsorten stattgegeben. Das hatte nun bereits die Folge, daß die Polizeimannschaften, um ihre überflüssige Gegenwart notwendig erscheinen zu lassen, eigenartige Anzeigen gegen die Aussperrte erstatteten. So wurde gegen einen Aussperrten in Hermsdorf ein Strafbefehl von 10 Mark erlassen, weil er einige Arbeitswillege dadurch belästigt haben sollte, daß er ihnen „frech“ ins Gesicht sah. Den Arbeitswilligen sind natürlich alle Freiheiten und Rechte eingeräumt.

Dazu kommen dann noch die Christlichen. Entsprechend ihrer inneren Veranlagung haben die Führer des christlichen Keramarbeiterverbandes in einer Konferenz in Marktredwitz ihren Mitgliedern empfohlen, als Arbeitswillige sich den Unternehmern zur Verfügung zu stellen, d. h. sich an dem Kampf nicht zu beteiligen. Begründend wurde für diese neueren christlichen Streikbruch angeführt, daß die „christlichen Führer“ noch nicht wüßten, wer in diesem Streik recht habe: die Unternehmer oder der Porzellanarbeiterverband!

Die Wirkungen all dieser Vorgänge: Die Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Unternehmer, das Verhalten der Behörden und das Bereitstellen von Militär und Polizisten, sind die Ursache, daß unter den schuldlos arbeitslos gewordenen Porzellanarbeitern, die zum ersten Male eine derartige allgemeine Aussperrung durchmachen müssen, eine außerordentlich begeisterte Kampfstimmung herrscht, bei der an ein bedingungsloses Unterwerfen der Arbeiter nicht zu denken ist. — Wenn die vereinigten Fabrikanten glaubten, mit ein paar Wochen die Geschichte abgetan und die Arbeiter unterworfen zu haben, so werden sie eine Enttäuschung erleben, die sich auch stark auf den Gang der Porzellanindustrie geltend machen wird.

Bewerkshafsbewegung.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter in Oberschlesien. Die Vertreter der ober-schlesischen Bergarbeiterorganisationen haben sich mit dem ablehnenden Beschluß, den sie vom ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Verein auf ihre Lohnangelegenheit vom 20. Februar d. J. erhielten, nicht beruhigt, sie haben unter dem 7. d. M. erneut Lohnforderungen an die einzelnen Grubendirektionen gesandt und um halbtägige Antwort gebeten. In der Eingabe wird zahlenmäßig nachgewiesen, daß die Bergarbeiterlöhne seit dem Jahre 1907 von 254 Mk. pro Vierteljahr auf 235 Mk. im Jahre 1911 gefallen sind. Erst im 3. Quartal 1911 ist der Lohn auf 280 Mk. gestiegen, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß eine Steigerung der Schichten um sechs pro Arbeiter erfolgt ist, womit die Lohnsteigerung vielleicht kompensiert wird. Dagegen wird zahlenmäßig festgestellt, in welchem Maße auch in Oberschlesien die Lebensmittelpreise gestiegen sind, was für einen Haushalt eine Steigerung der Ausgaben von 20 bis 40 Proz. ausmacht. Die Berechtigung der Lohn-erhöhung von 15 Proz. wird u. a. mit dem Hinweis auf eine seit dem 1. April d. J. in Aussicht genommene Steigerung der Kohlenpreise begründet. Die Kohlenpreise sollen pro Tonne um 60 Proz. erhöht werden, wodurch dem Absatz von 1911 entsprechend, eine Mehreinnahme von 18½ bis 17 Millionen Mark erzielt würde. Die Eingabe ist unterzeichnet von der polnischen Berufsvereinigung der Bergarbeiterleitung vom Verband der katholischen Arbeitervereine (Sig Berlin), dem Verband der Bergarbeiter, dem Gewerksverein der christlichen Bergarbeiter und dem Gewerksverein der Bergarbeiter (S.-D.).

Zur Schneider-Aussperrung. Laut Beschluß des Unternehmerverbandes im Schneidergewerbe soll die Aussperrung am 9. März allgemein vollzogen werden. Die Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes haben gleichlautende Schreiben an die Ortsvorstände des Schneiderverbandes gerichtet, die folgenden Wortlaut haben:

Als Ortsgruppe des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe sind wir durch Hauptvorstandsbeschl. verpflichtet, die Betriebe unserer Mitglieder am Sonnabend, dem 9. März zu schließen, und damit unsere in anderen Städten befreundete Kollegenschaft solidarisch zu unterstützen. Wir geben Ihnen von dieser Maßnahme Kenntnis und zeichnen

hochachtungsvoll

Der Vorstand.

Zugleich hat der Unternehmerverband an die Kundschaft bzw. an das Publikum folgende Bekanntmachung in den bürgerlichen Blättern erlassen:

Bekanntmachung. Am 1. März d. J. hat die organisierte Gewerkschaft in 11 Städten des Deutschen Reichs die Arbeit niedergelegt, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, nachdem alle durch örtliche und zentrale Verhandlungen unternommenen Schlichtungsversuche ergebnislos verlaufen waren. Zum Schutze seiner bestreikten Mitglieder hat nun der Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe beschlossen, seine sämtlichen Betriebe in 168 Städten Deutschlands zu schließen. Wir bringen diese Maßnahme hiermit zur Kenntnis der Öffentlichkeit und richten an unsere geschätzten Kundenkreis die höfliche Bitte, unseren Mitgliedern für die Reservierung der ihnen zugeordneten Aufträge durch gütige Nachsicht ihre Unterstützung in diesem Kampfe leisten zu wollen.

Allgemeiner Deutscher Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe.

Mit dieser Bekanntmachung erschien in bürgerlichen Blättern auch die Mitteilung, daß der Verband der Schneider eine weitere Zusammenkunft in Halle a. S. die auf den 7. März cr. angelegt war, abgelehnt habe. Diese Mitteilung ist unrichtig. Bekanntlich hatte der Schneiderverband sich zukünftig, zu dem Antrage des Unternehmerverbandes erklärt, erneut eine Vergleichsverhandlung in Halle stattfinden zu lassen. Der Unternehmerverband hatte aber später seinen Antrag auf Abhaltung dieser Konferenz zurückgezogen.

Der Streik der Leipziger Steinischer Stegreich beendet. Die Unternehmer, die den Kampf durch einen Angriff auf das Koalitionsrecht vom Baune gebrochen, haben nicht nur diesen Angriff eingestellt, sondern einer Klausel zugestimmt, die als eine vollständige Freiheit der Sicherung des Koalitionsrechts angeprochen werden kann. Darüber hinaus haben die Unternehmer sich noch zu einer Lohnerhöhung von 7 Pf. pro Stunde, auf vier Jahre verteilt, verstehen müssen; außerdem wurde den Steinischern zugestanden, daß die Preise für Akkordarbeit, deren Verminderung nicht als Tarifbruch gilt, von der paritätischen Schlichtungskommission festgesetzt werden. Der Erfolg der Arbeiter ist umso bedeutungsvoller, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Leipzig der Unternehmer-Verband seinen Sitz hat. Er hat also Vorlagen im eigenen Hause bei seinem ersten Vorstoß gegen das Koalitionsrecht eine vollständige Niederlage erlitten. — Auch der Abwehrstreik in Nordhausen ist nach wenigen Tagen vollständig zugunsten der Arbeiter entschieden worden.

Die Christlichen in der Bergarbeiterbewegung. Am Montag, dem 4. März traten bekanntlich die Belegschaften der Zeche Kaiserstuhl und Schwarzhof in den Ausstand. Darüber herrscht in der Zentrumspresse und in der christlichen Gewerkschaften große Freude. Sie schrieb von anarcho-sozialistischen Einflüssen, von einem anarcho-sozialistischen Wutsturm usw. Und diese Meinung ging in die gesamte bürgerliche Presse über. In der Streikversammlung der Belegschaften der Zeche Kaiserstuhl, die am gleichen Tage stattfand, wurde durch den Vertreter des Bergarbeiterverbandes nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Agitatoren des christlichen Gewerksvereins ein Interesse daran hätten, solche Wutstürme zu veranlassen und ein geschlossenes Vorgehen der Bergarbeiter zu vereiteln. Auch wurde bekannt gegeben, daß schon am Sonntag der Beamte des christlichen Bergarbeiterverbandes, Schneider aus Herne, erklärt hatte, Montag oder Dienstag werden die Belegschaften von Kaiserstuhl in den Ausstand treten, dafür garantiere ich! — Diese Äußerung war sehr auffallend. Es fanden sich auch Montag früh vor der Einfahrt auf der Zeche vier bis fünf geheimnisvolle Gestalten ein, die mit Depeschen operierten, die vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes und der polnischen Berufsvereinigung ausgehen sollten, und die zum Streik aufforderten. Auch das war recht eigenartig. Nun scheint Licht in dieses geheimnisvolle Dunkel zu kommen. Es wird jetzt folgendes bekannt: In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde das christliche Gewerksvereinsmitglied Steinbill dabei angetroffen, wie es auf der Zeche „Tremonia“ in Dortmund im Waschkraum einen Anschlag aufhängte, worin zum sofortigen Streik aufgefordert wurde. Recht interessant! Das kennzeichnet die Stimmung der christlichen Gewerksvereinsmitglieder! Die Gewerksvereinsführer gaben sich alle Mühe, ihre Mitglieder eventuell zum Streikbruch zu verleiten; und die Mitglieder forderten über die Köpfe ihrer Führer hinweg zum sofortigen Streik auf! Sie wollen das Verhalten ihrer Leitung vereiteln. Wäre es auf der Zeche „Tremonia“ gelungen, die Belegschaft vor dem allgemeinen Barock in den Ausstand zu heben, dann hätte die Zentrumspresse wieder von einem anarcho-sozialistischen Wutsturm geschrieben und Stimmung gegen die Bergarbeiter gemacht. Das ist ihr Hauptzweck. Das Verhalten dieser Presse ist geradezu gemeingefährlich. So schrieben die Weltanschauer Zeitungen und die „Tremonia“ vom 3. März: „Auf der Zeche Kaiserstuhl kam es zu Kämpfelein, und gerade die jüngeren Bergleute waren es, die in großer Zahl den Eingang besetzt hatten und den Arbeitswilligen den Eingang versperrten. Die verstärkte Polizei schaffte später Ordnung. Vereinzelt fielen aus der Menge der Streikenden auch Schüsse. „Nun bringt die „Tremonia“ vom 6. März folgenden Bericht: „In unserer gestrigen Notiz über den Streik war gesagt worden, bei Gelegenheit des Ausstandes auf Zeche Kaiserstuhl sei vereinzelt geschossen worden. Aus amtlicher Stelle wird nun mitgeteilt, daß durch polizeiliche Ermittlungen bisher nicht festgestellt worden ist, daß von den Streikenden am gestrigen Tage Schüsse abgegeben worden sind. Insbesondere hat keiner von den in Frage kommenden Polizeibeamten einen Schuß gehört.“ — Also nicht einmal gehört hat die Polizei die Schüsse! Damit ist die Zentrums-lyge von der Schießerei totgeschlagen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie von der Zentrumspresse außerhalb des Ruhrgebiets noch weiter verbreitet wird. Im übrigen herrscht im Ruhrrevier völlige Ordnung und Ruhe.

Die „Christlichen“ verraten die ausgesperrten Porzellanarbeiter! Die mit ausgesperrt gewesenen Mitglieder des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes mußten im nördlichen Bayern am Montag die Arbeit wieder aufnehmen, da eine in Marktredwitz stattgefundene Delegiertenversammlung so beschloß. Zur Beschönigung dieses traurigen Streiches veröffentlichte die christliche Organisation in der bürgerlichen Presse eine Erklärung, in der sie — ist dreifacher Dohn! — die Wiederaufnahme der Arbeit als einen Akt der Neutralität im Kampfe zwischen den Porzellanindustriellen und dem „sozialdemokratischen“ Porzellanarbeiterverband bezeichnet!

Differenzen im Mühlengeerbe. Im Herbst gelang es den Arbeitern der Dampfstraßenmühle von Laengler u. Co. in Aken, durch einen Streik eine kleine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Seit kurzem bemüht sich die Firma nun lebhaft, die organisierten Arbeiter aus ihrem Betriebe zu entfernen. Dazu wurde zunächst die Gründung einer Unterstützungskasse vorgenommen, die den Verband ersetzen sollte. Zu einem Beitrage von 50 Pf. pro Mitglied und Woche wollte die Firma 20 Pf. regelmäßig zuschießen, das Geld mit 8 Proz. verzinsen und es zu Weihnachten oder bei Krankheitsfällen auszahlen. Das verlockende Angebot hatte jedoch nicht die erhoffte Wirkung; die Arbeiter waren so leicht nicht zu bewegen, ihre Organisation aufzugeben. Jetzt beginnt die Firma, die Widerpenstigen zu entlassen und zwar unter dem Vorwande des Arbeitsmangels; sonderbarerweise werden aber gleichzeitig neue Arbeitskräfte — unorganisierte natürlich — eingestellt. Um sich gegen die Vernichtung der Organisation zur Wehr zu setzen, hat der Brauerer- und Mühlenarbeiterverband zunächst die Sperrre über den Betrieb verhängt, dessen Erzeugnisse übrigens fast ausschließlich von Arbeitern konsumiert werden.

Ein drakonisches Streikurteil fällt abermals die Strafammer unter dem Vorh. des schon mehrfach genannten Landgerichtsdirektors Dr. Siebert. Während der Metallarbeiteraussperrung war der an der Bewegung gar nicht beteiligte Angeklagte, ein seit fünf Jahren in einer

Erfurter Brauerei beschäftigter Böttcher, mit Arbeitswilligen, unter denen sich auch der berühmte Streikbrecheragent August Würschel befand, in eine Schlägerei verwickelt worden, in der er nach den Aussagen von Arbeitswilligen einen Schloffer mit einem spitzen Gegenstand in den Arm gestoßen und den Arbeitswilligen Johann Graul mit einem Stock geschlagen haben soll. Der Angeklagte bestritt die Tat entschieden. Aber auf die Aussagen der Arbeitswilligen hin wurde der noch völlig unbescholtene Mann zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt Runze hatte 1 1/2 Jahr beantragt. In der Verhandlung kam auch zur Sprache, daß der Angeklagte von dem Arbeitswilligen Graul mit einer Waffe bedroht worden sei. Graul meinte, er habe „nur nach der Geschäftsfache gefaßt“, aber ein anderer Zeuge bekundete, daß dem Graul, der schon wegen Körperverletzung zwei Monate Gefängnis verbüßt hatte, von der Polizei die Genehmigung zum Waffentragen erteilt worden sei. Es wurde ferner festgestellt, daß auch Würschel und seine Arbeitswilligen während des Tumults einen Arbeiter im Lokale derart mißhandelten, daß er laut um Hilfe schrie. Aber weder Würschel noch einer seiner anderen arbeitswilligen Kumpane erhielten deswegen eine Anklage. Vor Gericht beschönigte Würschel den Vorfall mit den Worten, man habe dem Manne „nur ein paar gegeben“, weil er nachforschen wollte, ob Graul einen Revolver trug. Auf die Aussage des Arbeitswilligen Würschel hin wurde ein Zeuge wegen Verdachts des Meineids in der Verhandlung verhaftet, weil er bestritt, ein früheres Renkontre, als das zur Anklage stehende beobachtet zu haben. Würschel will den Zeugen von einer Anekdote aus bestimmt erfaßt haben, während andere glaubwürdige Zeugen, selbst der Arbeitswillige Graul, Würschels Behauptung nicht bestätigen konnten. Als der Vorfall den Zeugen einmal vor der Verhaftung fragte, ob er seine Aussage aufrecht erhalte, antwortete er fest und bestimmt, daß er nichts zu korrigieren habe.

Bürgerlicher Terrorismandschwindel. Die „Zeitung für Hinterpommern“, ein konservatives Blatt, brachte dieser Tage folgende Meldung aus Wittom:

Angefallen und durch Stockschläge und Messerstiche erheblich verletzt wurde auf dem Nachhausewege von seiner Arbeitsstätte der Maurergeselle Kohn von hier durch den Maurergesellen M., der gleichfalls mit seiner Familie in Manawth anässig ist. Kohn, der ein ruhiger, arbeitssamer Mensch sein soll, erlitt am Kopfe sechs Messerstiche. Der Grund zu diesem Überfall soll Streikterrorismus sein, weil Kohn im Sommer v. J. gearbeitet und nicht gestreift hatte, um für seine zahlreiche Familie Nahrungsunterhalt zu schaffen.

Erlundigungen an Ort und Stelle ergaben ein ganz anderes Bild von dem Ereignis und zeigen wieder einmal aufs neue, welcher elenden Verleumdungen das konservative Pressegeklügel fähig ist, um die organisierten Arbeiter in den Augen anderer herabzuwürdigen. Danach hat sich der Vorfall wie folgt abgespielt: Der Maurer Kohn ist nicht überfallen worden. Kohn und M. sind gute Freunde und haben oft miteinander gesacht, so auch an dem fraglichen Tage. In einem bestimmten Stadium der Trunkenheit haben sich beide aus einem ganz nichtigen Grunde entzweit. Kohn ging auf M. mit dem Messer los, M. wehrte den Angriff mit seinem Spazierstock ab, wobei Kohn den kürzeren gezogen hat. Es handelte sich also lediglich um einen Wirtschaftsstreit. Von Streikterrorismus ist überhaupt nicht die Rede und kann es schon aus dem Grunde nicht sein, weil Kohn sowohl als auch M. den fraglichen Streit von Anfang bis Ende mitgemacht haben, ohne gegen irgendwelche Beschlässe der Streikenden verstoßen zu haben.

Die französische Bergarbeiterbewegung. Aus Paris wird uns geschrieben: Werden die französischen Bergleute streiken? Das ist die Frage, die jetzt angesichts des großen englischen Streiks in Frankreich mit großem Interesse diskutiert wird. Auf ihrem Kongreß in Angers haben die französischen Bergleute eine Reihe Forderungen an die Gesetzgebung aufgestellt: Die Einführung des achtstündigen Arbeitstages, die Erhöhung der Alterspensionen auf 780 Mark. Aber sie haben geheim gehalten, welche Mittel sie anzuwenden bereit sind, ihre Forderungen durchzusetzen. Zunächst wird das Parlament zu sprechen haben. Der soziali-

stische Abg. Albert Thomas wird sich der Sache der Bergleute annehmen. Mittlerweile aber bereiten sich — viele Anzeichen deuten darauf hin — die Bergleute auf den ökonomischen Kampf vor. Aus den Berichten, die hier entgegen, ist ersichtlich, daß die einzelnen Revolver sich mit der Frage beschäftigen, und daß die Bergleute entschlossen sind, bis zum Generalstreik zu gehen. So haben die Bergleute vom Cler-Gebiet den Entschluß gefaßt, die Arbeit einzustellen, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden. Die Folgen des Streiks in England machen sich auch bereits in Frankreich unangenehm fühlbar. In den Häfen der Bretagne kommen Kohlen überhaupt nicht mehr an. Die Hafenarbeiter sind ohne Beschäftigung. Der Preis der Kohle ist um 80 Prozent gestiegen. Die Dampfer zwischen Havre und Southampton, die sonst regelmäßig täglich verkehren, haben ihre Fahrten auf wöchentlich drei beschränkt.

Zur englischen Bergarbeiterbewegung. Aus London wird uns telegraphiert: Der Vorstand der Bergarbeiterföderation hat Verhandlungen mit dem Industriellerat abgelehnt. In einer Unterredung mit dem Premierminister Asquith legte der Vorstand der Föderation die Minimalliste vor. In einem Manifest tritt der Vorstand der Föderation den liberischen Berichten der bürgerlichen Presse über angebliche Differenzen innerhalb der Föderation entgegen. Er versichert, daß die Ablehnung der Vorschläge des Premierministers im Vorstand der Föderation einstimmig erfolgt sei. Es besteht auch keine Meinungen mit der Arbeitspartei und keine Uneinigkeit in der Föderation. Die bürgerliche Presse veruche, das Publikum irre zu führen. Nach Mitteilungen des Sekretärs Ashton würde der Streik länger als vierzehn Tage dauern. Die reaktionäre Presse schreit wie besessen nach Gewaltmaßnahmen gegen die Bergarbeiter.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.



Sparen hilft

Achtung vor Nachahmungen!

MAGGI'S Würze mit dem Kreuzstern

Die dünnste Wassersuppe, Jede schwache Bouillon, ebenso Saucen, Gemüse und Salate erhalten augenblicklich unvergleichlich feinen, kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI'S Würze. Verwendungsanleitung befindet sich bei jeder Originalflasche. — Probefläschchen 10 Pfg.

„MAGGI'S gute, sparsame Küche.“

Butter

wird in allen Verwendungsarten am besten ersetzt durch die erprobten Marken:

Siegerin

allerfeinste, qualitätsreichste und der Molkeireibutter am nächsten kommende Sahnen-Margarine, sowie

Palmato

die beliebteste, unerreicht feinste

Pflanzenbutter

•Margarine. Ein vorzügliches Nahrungs- und Genußmittel von großer Bekömmlichkeit. Man verlange ausdrücklich diese allseitig bewährten Marken, die in fast allen einschlägigen Geschäften erhältlich sind.

Ausführende Fabrikanten:

H. E. Mohr, 6. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Konfirmations-Karten

in großer Auswahl

empfiehlt die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Berliner

Volk-Zeitung

Täglich 2 Ausgaben

mit den Beiblättern:

ULK weltbekanntes, farbig illustriertes Witzblatt (8 Seiten)

Illustr. Familien-Zeitung mit aktuellen Bildern, Romanen usw. (16 S.)

Illustr. Kinder-Zeitung mit lustigen Bildern, Erzählung., Spielen (8 S.)

Tägl. Unterhaltungsblatt m. Romanen u. Abhandlungen a. all. Gebieten

Man abonniert bei allen Postanstalten zum Preise von 90 Pfennig monatlich

Probenummern an jedermann kostenfrei von der Expedition Berlin SW. 19, Jerusalemstraße 46/49.

Mehr als 82000 Abonnenten.



Hansa-Halle.

Morgen Sonntag, den 10. März:

Gr. öffentl. Volksmasterade

verbunden mit Rappensest für Zuschauer.

Prinz Karneval im Gala-Gespann, gezogen von einem ungarischen Blutford.

Eröffnung 5 Uhr. Maskezug 8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende morgen! Nach-Verberede und Freizeur im Saale.

Gesangverein „Eintracht“

Liederabend

mit nachfolgendem BALL

am Dienstag, dem 19. März 1912

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 8 Uhr.

Eintritt 20 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

NB. Karten sind zu haben im Gewerkschaftshaus, bei Wittfoot, Hüxstraße 18, und F. Lender, Hüxstraße 84. D. O.

Waisen-Hof Sonntag: Tanz.

Eintritt frei.

Gustav Gipp.

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. H. Pagel.

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:

Ballemusik.

Adlershorst.

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.